

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Institut für Politische Wissenschaft
Bachelorarbeit
Abgabe: 10. Juni 2014

Tobias Betzin

Der lange Weg zur Mitte

Konstruktionsstrategien des Begriffs „Politische Mitte“ und
seine Verwendungskontexte

Abstract

Die vorliegende Arbeit zeichnet systematisch die Schritte der Konzeption des Begriffs der „politischen Mitte“ nach und versucht darzulegen, in welchen Kontexten er Anwendung findet und welche Wirkung er im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland entfaltet. Ausgangspunkt ist die Reflexion darüber, worum es sich funktional bei dem Konzept handelt, welcher sprachlicher Mittel es sich bedient und welche Wirkung sie entfalten. Hieran knüpft eine Betrachtung der „politischen Mitte“ als Denkfigur an, die einen maßgeblichen Bedeutungsaspekt des *Mitte*-Begriffs mit Denkmustern der griechischen Antike besetzt. Das Links-Rechts-Schemas stellt den Bezugsrahmen für die „Mitte“ bereit, während die Binnenabgrenzung auf dieser das Definitionskriterium des Konzepts „Mitte“ darstellt. Anhand der Verwendungsgeschichte des *Mitte*-Begriffs im deutschen politischen Diskurs wird hergeleitet, welche Bedeutungsaspekte heute mit dem Ausdruck verbunden werden.

Auf diese Weise lässt sich zeigen, dass *politische Mitte* – einhergehend mit der Etablierung des „Extremismus“-Konzepts – zur ordnungspolitischen Größe wurde, die Mehrheitsverhältnisse und somit Legitimitätsansprüche chiffriert. Grundlegende konzeptionelle Anforderungen an den Begriff wurden undefiniert und im ursprünglichen Sinne nicht mehr erfüllt, wozu die Orientierungsfunktion innerhalb der Links-Rechts-Heuristik gehört.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	8
1.1	Zum Vorgehen	8
2	Konzeption der Mitte	10
2.1	Mitte als Teil einer Heuristik	10
2.2	Metaphorik	11
2.3	Die politische Mitte als Denkfigur	13
2.3.1	Sokrates	13
2.3.2	Platon	14
2.3.3	Aristoteles	15
2.4	Entstehung des Links-Rechts-Schemas	17
2.5	Die Mitte und das Mittesein	19
3	Begriffswirkung und Verwendungskontexte	22
3.1	Verwendungskontexte und -geschichte in Deutschland bis 1933	22
3.2	Verwendungskontexte in der Bundesrepublik Deutschland	24
3.3	Begriffswirkung und konzeptimmanente Sprachhandlungen	26
3.4	Mitte als Normalitätsdispositiv	28
3.4.1	Symbolischer Bürgerkrieg	31
3.4.2	Symbolische Gleichgewichtswaage	32
4	Fazit und Ausblick	34
	Literatur	38

1 Einleitung

In Situationen, in denen eine wichtige und dringende Entscheidung zu fällen ist, rät der Volksmund wohlwollend zur „goldenen Mitte“. Wer sich beruhigen möchte und auf der Suche nach innerem Frieden ist, unternimmt den Versuch, „seine Mitte zu finden“. Doch nicht nur hier taucht das Bild der Mitte auf; in allen erdenklichen Kontexten begegnen uns Mitten, die oft unscheinbar, banal und selbstverständlich wirken. Auch der politische Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland ist von solch einer Mitte geprägt, die oft nur als *die* Mitte bezeichnet wird. Nicht selten bleibt dabei völlig unklar, welche Mitte denn nun ganz konkret gemeint ist, sodass lediglich der Kontext zaghafte Aufschluss darüber gibt, welche Art von Mitte am wahrscheinlichsten gemeint sein könnte. Dennoch wird diese Mitte dann in der öffentlichen politischen Debatte interpretiert – mal als *Mitte der Gesellschaft*, mal als *politische Mitte*¹ und dann wieder als *bürgerliche Mitte* – und es wird versucht, einen Inhalt für diese Mitte zu finden. Politische Parteien behaupten von sich, nicht nur diese nicht näher beschriebene Mitte zu besetzen oder zu verkörpern, sondern sie sogar zu *sein*. Dass dies zahlreichen Missverständnissen führen kann und auch führt, dürfte nicht überraschen, ebenso wenig wie die Gefahr, durch diesen Sachverhalt den Mittebegriff der Beliebigkeit preiszugeben. Dabei wird jedoch die Ursache dafür, warum die politische Debatte ins Stolpern gerät, offenbar: Ohne Verständigung darüber, was mit dem Mittebegriff bezeichnet werden soll, kann diese Mitte nicht besetzt werden; der zweite Schritt wird also vor dem ersten getan.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, *was* der Ausdruck *politische Mitte* überhaupt bezeichnet und wie das auf diesem Wege referenzierte Konzept zustande kommt. Daran schließen sich die Fragen an, inwiefern die Konzeptionsstrategien von „politische Mitte“ Einfluss auf den politischen Diskurs und somit auf die politische Realität in der Bundesrepublik Deutschland nehmen und ob – und wenn ja, wie und in welchen Kontexten – die Begriffsverwendung zur Verfolgung politischer Ziele instrumentalisiert werden kann.

1.1 Zum Vorgehen

Um diese Fragen zu beantworten, wird in Kapitel 2 zunächst die Konzeption der „politischen Mitte“ beleuchtet. Dies geschieht anhand mehrerer, aufeinander aufbauender Einzelschritte.

¹Im Folgenden gilt es die Schreibweisen zu beachten: Die Schreibweise in Anführungszeichen („politische Mitte“) referenziert auf das Konzept als solches, die kursive Schreibweise (*politische Mitte*) kennzeichnet den Ausdruck selbst, um so metasprachliche Ausführungen zu ermöglichen. Andere kursiv geschriebene politische Richtungsbegriffe (*links*, *rechts*, *Extremismus*, etc.) bezeichnen ebenfalls die Ausdrücke selbst, in den anderen Fällen dient die kursive Schreibweise der Hervorhebung.

In Abschnitt 2.1 wird zunächst der funktionale Charakter des Ausdrucks *politische Mitte* beleuchtet, der sich über seine Zugehörigkeit zu einer Heuristik erschließen lässt. Diese Heuristik bedient sich einer räumlichen Metapher, was maßgeblich zur Wirkung und Wirkmächtigkeit der Heuristik beiträgt wie Abschnitt 2.2 verdeutlicht. Abschnitt 2.3 stellt das durch die Metapher Bezeichnete, die Denkfigur der „politischen Mitte“ in den Vordergrund und geht ihrer ideengeschichtlichen Herkunft und dem von ihr abgeleiteten Bedeutungsgehalt nach. Die bisher angestellten Betrachtungen fließen anschließend in Abschnitt 2.4 ein, wo sie auf den Parlamentarismus, seine Herkunft und seine Entwicklung gemünzt Anwendung finden und mit dem Links-Rechts-Schema einen Bezugsrahmen erhält, der rein begriffslogisch das Vorhandensein einer dezidierten *Mitte* erlaubt. Wodurch sich diese qualitativ konstituiert, wird in Abschnitt 2.5 näher beleuchtet.

Nach der in Kapitel 2 skizzierten Konzeption der „politischen Mitte“ folgt in Kapitel 3 eine Analyse der Wirkung, die die Verwendung des Begriffs im politischen Diskurs in unterschiedlichen Kontexten erzielt. Da das hierzu notwendige Sprachwissen auch Diskurswissen umfasst, widmet sich Abschnitt 3.1 zunächst einer historischen Betrachtung der im politischen Diskurs in Deutschland erfolgten Verwendung des Ausdrucks *politische Mitte*, einen Zeitraum umfassend, der mit der Entstehung des Links-Rechts-Schemas beginnt und dem Niedergang der Weimarer Republik endet. Hieran knüpft Abschnitt 3.2 an, der die Verwendungsgeschichte des Ausdrucks im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland rekonstruieren soll. Die in diesem Diskurs erzielte Sprachwirkung, die mit der Verwendung von Konzept und Ausdruck einhergeht ist Gegenstand von Abschnitt 3.3, wobei der Fokus vor allem auf den konzeptimmanenten Bedeutungsaspekten liegt. Das als Normalitätsdispositiv bezeichnete Wirkungsgefüge rund um Ausdruck und Konzept der „politischen Mitte“ in der politischen Debatte der Bundesrepublik ist Betrachtungsgegenstand von Abschnitt 3.4.

In Kapitel 4 werden die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zu einem Fazit zusammengefasst, das nebst Rekapitulation der Abhandlung auch einen Ausblick auf mögliche künftige Entwicklungen des Betrachtungsgegenstands bietet.

2 Konzeption der Mitte

In diesem Kapitel soll dargelegt werden, wie die „politische Mitte“ konzipiert wird. Dementsprechend werden in den folgenden Abschnitten die Fragen beantwortet, welche Genese das Konzept aufweist, über welche sprachlichen Mittel es umgesetzt wird, auf welchen politisch-philosophischen Ideen und Gedankengängen es fußt und in welchem Rahmen es durch welche Eigenschaften konstituiert wird.

2.1 Mitte als Teil einer Heuristik

Beim Versuch die Frage zu beantworten, was denn die politische Mitte ist, muss zunächst unterscheiden werden, welcher Teilaspekt des Konzepts hervorgehoben werden soll. Als alleinstehende Größe ist jede Mitte undenkbar, da sie immer eine Bezugsgröße braucht, also die Frage beantwortet werden muss, *wovon* etwas die Mitte darstellt. Im politischen Kontext ist „Die Mitte“¹ – ebenso wie die Begriffe *links* und *rechts* – Teil eines Ordnungssystems, das unterschiedliche politische Standpunkte hinsichtlich gewisser Eigenschaften miteinander in Beziehung setzt. Im Parteienwettbewerb wird die Bezugseigenschaft der zu ordnenden Größen mit der jeweiligen politischen Programmatik besetzt (vgl. Backes, Uwe [et al.] 1996: 33; Herrmann 2008: 21). Bei der auf diesem Wege modellierten Ordnung handelt es sich um eine Heuristik:

„Ganz allgemein wird der Begriff der Heuristik in der Psychologie für Faustregeln in der Urteilsbildung verwendet, die einen relativ geringen Verarbeitungsaufwand benötigen und sich auf in der Entscheidungsumgebung vorhandene Hinweise bezüglich des Beurteilungsobjektes stützen. Sie werden als nützliche Beurteilungshilfen für ansonsten überforderte Akteure beschrieben, die aber gleichzeitig zu systematischen Urteilsfehlern führen können.“ (Huber 2010: 146)

Die Heuristik, deren Teil die „politische Mitte“ ist, ist das Links-Rechts-Schema, das die (gedachte) räumliche Anordnung politischer Akteur*innen² auf einer Dimension anhand ihrer Positionierung zu politischen Streitfragen erlaubt (vgl. ebd.: 147). Durch das Nutzen so genannter Ideologiehinweise ermöglicht die Links-Rechts-Heuristik das Abschätzen von Parteipositionen (vgl. ebd.: 147). Schon die Ideologien, auf die in der Links-Rechts-Heuristik lediglich hingewiesen wird, sind Heuristiken, da sie es Bürger*innen ermöglichen sollen, „auch unter den Bedingungen

¹Wenn im Folgenden von „Mitte“ die Rede ist, bezeichnet dies stets den Ausdruck „politische Mitte“. Andere Verwendungskontexte werden entsprechend adjektivisch gekennzeichnet

²Diese Arbeit verzichtet auf die Verwendung des generischen Maskulinums. Stattdessen findet der aus der IT stammende Asterisk als Platzhalter für beliebigen Inhalt Anwendung, was die dualistische Geschlechteraufteilung in entweder männlich oder weiblich aufhebt.

unvollständiger Information und begrenzter Informationsverarbeitungskapazitäten rationale, das heißt an Politikpräferenzen orientierte Entscheidungen zu treffen.“ (Rudi 2010: 169) Die durch die Heuristik erreichte Komplexitätsreduktion bei der Abschätzung einer Parteiposition ist eine Notwendigkeit in demokratisch verfassten Systemen, da reale Bürger*innen oft nicht über die notwendigen Ressourcen (Zeit, Befähigung, Bereitschaft etc.) verfügen, um sich ausführlich und in jeder Streitfrage über Parteiprogrammatiken zu informieren (vgl. Huber 2010: 145; Kluxen 1967: 186).

In dieser Funktion nimmt die Links-Rechts-Heuristik im Parteienwettbewerb und der politischen Kommunikation in Deutschland eine vorherrschende Rolle ein (vgl. Huber 2010: 147). Vergleichende Studien belegen, dass dem Links-Rechts-Schema bei der politischen Orientierung eine vorherrschende Stellung zukommt und Wähler*innen von auf der Links-Rechts-Dimension abgebildeten Ideologien hinweisen Gebrauch machen (vgl. ebd.: 162; Rudi 2010: 169). Wie bei jeder Modellbildung kommt es auch bei der Links-Rechts-Heuristik durch die Komplexitätsreduktion zum Informationsverlust (vgl. Huber 2010). Jedoch vereinfacht dies die politische Kommunikation zwischen den Diskursteilnehmer*innen, unabhängig davon, ob die Zivilgesellschaft diesen unter sich führt oder noch zusätzlich Austausch mit politischen Eliten besteht (vgl. Sigrid Roßdeutscher [et al.] 2013: 67). Die durchaus vorhandene Kritik³ an der Links-Rechts-Heuristik soll an dieser Stelle nicht behandelt werden, da sie für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit keine Rolle spielt; entscheidend ist nicht ihre Eignung, sondern ausschließlich ihre Salienz in der öffentlichen Diskussion. Die Links-Rechts-Achse wird gelegentlich auch als „super-issue“ (ebd.: 67) bezeichnet, was ihr eine Über- oder Metarolle in der politischen Auseinandersetzung verleiht.

2.2 Metaphorik

Die Komplexitätsreduktion der Links-Rechts-Heuristik alleine kann kaum hinreichende Bedingung für ihre weite Verbreitung sein. Viel eher dürfte ihre Eingänglichkeit ausschlaggebend sein, die durch die Bildhaftigkeit der Heuristik entsteht. Durch die Verwendung der lokaldeiktischen⁴ Ausdrücke *links*, *Mitte* und *rechts* entsteht ein gedanklicher Raum, der politische Ideologien ordnet. Diese räumliche Anordnung der Heuristik wird durch eine Metapher bewirkt:

„**Metapher** (griech. *metaphorea* = Übertragung), [...] uneigentliche, bildl. Redeform: bildl. Ausdruck für e. Gegenstand (oft zur Verlebendigung und Veranschaulichung von abstrakten Begriffen), e. Eigenschaft oder e. Geschehen; entsteht nach QUINTILIAN aus e. abgekürzten Vergleich, indem e.

³In politikwissenschaftlicher Hinsicht wird die Eignung der Heuristik bestritten, da sie als unterkomplex (vgl. Jaschke 2006: 47; Westle 2012: 257; Wiegel 2011: 223) und anachronistisch (vgl. Jaschke 2006: 47; Wiegel 2011: 223) gilt.

⁴Deiktische Ausdrücke sind jene, die nur unter Berücksichtigung ihres Äußerungskontexts – wer äußert sie wann und wo – eindeutig verstanden werden können; so verweisen *links* und *rechts* auf Ortsbezeichnungen, die nur dann sinngemäß erschlossen werden können, wenn der Ausgangspunkt bekannt ist (vgl. Ehrhardt, Claus [et al.] 2011: 23).

Wort/Wortgruppe [...] aus dem eigtl. Bedeutungszusammenhang auf e. anderen, im entscheidenden Punkt durch Ähnlichkeit oder Analogie vergleichbaren, doch ursprünglich fremden Vorstellungsbereich übertragen wird, doch ohne formale Ausübung des Vergleichs im Nebeneinander der Werte ('so – wie') unmittelbar und komplex anstelle desselben tritt[...]" Wilpert (2001: 513)

Wird neben der sprachlichen Ausgestaltung als Metapher die Verbreitung der Links-Rechts-Heuristik und deren Bedeutung für den (deutschen) politischen Diskurs bedacht, ließe sich in Anlehnung an Jürgen Link ebenfalls von einer Kollektivsymbolik sprechen: „Unter Kollektivsymbolik sei die Gesamtheit der am weitesten verbreiteten Allegorien und Emblemen, Vergleiche und *metaphorae continuatae*, Exempelfälle, anschaulichen Modelle und Analogien einer Kultur verstanden.“ (Link 2012: 60) Das Kollektivsymbol setzt sich aus einem potentiell ikonisch realisierbaren Symbolisanten – dem Bild, hier: der Räumlichkeit – und einem oder mehreren Symbolisaten – dem Sinn, hier: politische Ideologeme – zusammen (vgl. ebd.: 59).

Metaphern kommt in der politischen Kommunikation eine tragende Rolle zu, da sie auf die menschliche Wahrnehmung einwirken und somit politische „Wahrheiten“ schaffen können und somit auch darüber entscheiden, wie Menschen politisch handeln (vgl. Lakoff, George [et al.] 2008: 13). Menschen sind überhaupt erst durch Metaphern in der Lage, abstrakte Ideen zu begreifen und zu benennen (vgl. ebd.: 14). Allerdings selektieren Metaphern – ähnlich wie Heuristiken – Aspekte der durch sie bezeichneten Sache, da sie bestimmte Aspekte ausblenden und andere hervorheben, was ihnen einen restriktiven Charakter verleiht (vgl. ebd.: 28). Die Häufigkeit einer bestimmten Metapher in einem Diskurs wirkt sich auch auf die Diskursgemeinschaft aus: „Wird also in der politischen Debatte eine Metapher über lange Zeit hinweg ständig benutzt und durch die Medien verbreitet, so wird das, was eigentlich eine Metapher ist, in unseren Köpfen zum Common Sense, also zum allgemeinen Verständnis der Situation.“ (ebd.: 31). Gerade in der politischen Sprache ist metaphorischer Sprachgebrauch besonders effektiv, da er politische Realitäten in den Köpfen der Menschen schafft, ohne dass diese es bemerken (vgl. ebd.: 31). Die Metapher der eindimensionalen räumlichen Ordnung politischer Ideologeme ist nicht nur deshalb so weit verbreitet, weil sie eben – der Gattung nach – eine Metapher ist und – der Funktion nach – als Heuristik dient, sondern greift sie darüber hinaus bereits etablierte, weit verbreitete Denkmuster auf. Psychologisch knüpft die Links-Rechts-Unterscheidung mit ihren politischen Richtungsbegriffen an elementare Raumwahrnehmungsmuster an, die im logischen Sinne antithetische Dyaden darstellen und weit verbreitet sind, bspw. Krieg ↔ Frieden, Freundschaft ↔ Feindschaft, etc. (vgl. Backes, Uwe [et al.] 2005: 104). Die Stärke solcher Dyaden, die maßgeblich auch für deren Beliebtheit verantwortlich sein dürfte, liegt in ihrer (suggerierten) erschöpfenden Erfassung der durch sie bezeichneten Gegenstände sowie ihrer Ausschließlichkeit des durch sie aufgespannten entweder-oder-Verhältnisses (vgl. ebd.: 104).

Entsprechend dieser Ausführung ist also davon auszugehen, dass wenn Menschen von der *politischen Mitte* sprechen, ihnen gar nicht bewusst ist, dass sie eine

Metapher verwenden, sondern für sie das Bezeichnende identisch mit dem Bezeichneten ist. Wie selbstverständlich der Umgang mit dem Sinnbild der Mitte heute sein muss, lässt sich nur erahnen, wenn das Alter der Denkfigur berücksichtigt wird.

2.3 Die politische Mitte als Denkfigur

Nicht nur die Spur der „politischen Mitte“ im Speziellen, sondern auch die der Politik im Allgemeinen führt zurück ins antike Griechenland. Allerdings unterschied sich die damalige Auffassung von Politik deutlich von der heutigen: „Es gab bei den Griechen kein frei vagabundierendes ‚Politisches‘. Alle Politik war eindeutig bezogen auf die politische Grundeinheit, auf die Stadt.“ (Ottmann 2001a: 11) oder anders ausgedrückt: „Die Mitte der Antike war die *pólis*.“ (Görner 1993: 39) Doch nicht nur der Bezug dessen, worauf sich Politik richtete, war ein anderer, auch waren Politik und Ethik eng miteinander verwoben: „Im Regelfall begreift man Politik als eine Form des sittlichen Lebens, geprägt von Recht (*dikē*), Sitte (*nomos*), Maß (*sōphrosynē*) und Gerechtigkeit (*dikaiosynē*).“ (Ottmann 2001a: 11). Ein eher an Prozessen und Institutionen orientierter Politikbegriff ist ein Kennzeichen der Moderne, ideologiegeleitete Massenbewegungen, Parteien und die Entwurzelung des Individuums existierten im antiken Griechenland nicht (vgl. ebd.: 12).

Nach *Bernd Guggenberger* und *Klaus Hansen* bewegen sich viele Denker „bewußt oder unbewußt in den Fußstapfen der nie ganz abgerissenen altehrwürdigen Tradition des aristotelischen Politikverständnisses.“ (Guggenberger, Bernd [et al.] 1993: 12). Es ist allerdings nicht hinreichend, Aristoteles als isolierten Denker zu betrachten, der im Alleingang Denktraditionen begründet hat. Vielmehr ist sein Werk im Kontext seiner mittelbaren und unmittelbaren Lehrer sowie der philosophischen Tradition des antiken Griechenlands im Allgemeinen zu sehen. Am Anfang der abendländischen Philosophietradition sehen viele den Begriff des Maßes, der sich bereits in der griechischen Mythologie in Form des Gottes Apollo und dem ihm geweihten Orakel in Delphi, über dessen Eingang der Spruch *Medèn Ágan* („Nichts im Übermaß“) prangte, finden lässt (Peters 1993: 31). Der Begriff des Maßes nimmt hier eine zentrale Stellung ein, da er bereits fest im Kanon der griechischen Tugenden als eines der Gegengewichte der Hybris verankert war (vgl. Ottmann 2001a: 17). Begrifflich hat die Vorstellung des Maßes ihren Ursprung in der *sōphrosynē*, die sowohl mit „Besonnenheit“ als auch mit „Maß“ und „Mäßigung“ oder „einsichtiger Selbstbescheidung“ übersetzt werden kann (vgl. ebd.: 17). Ihr kommt als Tugend eine besondere Bedeutung im Denken der griechischen Antike bei, wie die Ausführungen zu Sokrates, Platon und schließlich Aristoteles zeigen werden.

2.3.1 Sokrates

Obwohl in der griechischen Antike schon vor Sokrates über Politik nachgedacht wurde, gilt er als Begründer der politischen Philosophie (vgl. ebd.: 234). Der große Verdienst Sokrates' besteht darin, dass er die Philosophie von ihrer pragmatischen

Verwertbarkeit schied und ihr selbst einen normativen Anspruch verlieh. Er stellte die Frage, *wie* zu leben sei und glaubte mit der Antwort darauf das *gute Leben* zu finden (vgl. Ottmann 2001a: 247). Dieser Ausdruck verdeutlicht bereits, dass es Sokrates nicht auf das bloße, materielle Überleben ankam, das sich im Streben nach Reichtum äußert, sondern sich seine Sorge auf die Ausgestaltung des Lebens, das Überleben der Seele (*epimeleia*) konzentrierte, die für ihn die Voraussetzung aller guten Politik darstellte (vgl. ebd.: 247)⁵. Das auf die *pólis* gerichtete Handeln garantierte *mésón*, das Mittlere und die Mäßigung, die den Menschen in die Lage versetzt, innere und äußere Konflikte zu lösen (vgl. Görner 1993: 39). Besonders Sokrates vertrat dieses *mésón* und sah sich selbst als Mittler „zwischen dem transzendentalen Ideal der Weisheit und der konkreten menschlichen Realität“ (ebd.: 39).

2.3.2 Platon

Platon, Schüler des Sokrates, hat sich, unter Verweis auf seinen Lehrer und dessen Konzept des *guten Lebens*, mit der Frage beschäftigt, wie die politische Ordnung einer Stadt beschaffen sein sollte. Seine ideale Stadt entwirft er in der Schrift *Politeia*, in der die Tugend des Maßhaltens eine zentrale Rolle einnimmt. Die beste Stadt entstehe in drei Stadien: „Erst ist die Stadt gesund, dann wird sie krank und aufgeschwemmt, schließlich wird sie gereinigt und wieder fit gemacht für das Wesentliche, für die Gerechtigkeit.“ (Ottmann 2001b: 33). Platon bedient sich hier der Metapher der Krankheit, um auf einen dem Wohlergehen der Stadt abträglichen, sie bedrohenden Zustand zu verweisen. Dieser äußerte sich dadurch, dass die Stadt, die nur auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse ausgelegt war, durch sich verfeinernde und ohne Maß und Grenze ins Unendliche wachsende Bedürfnisse der in ihr lebenden Menschen überfordert ist (vgl. ebd.: 34). Der Versuch, diese *maßlosen* Bedürfnisse, das Mehr-Haben-Wollen zu befriedigen, führe zwangsläufig zu kriegerischen Auseinandersetzungen, zu Feindschaft, die aber nicht der Natur des Menschen, sondern der Gesellschaft entspringe (vgl. ebd.: 34). Diese „Vielheit ohne Maß und Grenze, das Gegenteil des Einen“ (ebd.: 34) ist für Platon ungerichtet und sie gilt es zu reduzieren, „wenn die Stadt Bestand haben soll.“ (ebd.). Die Verschlinkung der wie oben beschriebenen aufgeschwemmten Stadt lässt sich dadurch erreichen, dass sich all drei Stände der Stadt (Nährstand, Wehrstand, Herrscherstand) auf die ihnen innewohnenden Tugenden der Besonnenheit und des Maßhaltens (*sōphrosynē*) und der Gerechtigkeit (*dikaiosynē*) besinnen, wobei letztere so zu verstehen ist, dass Gerechtigkeit erreicht ist, wenn jeder das Seine tut (vgl. ebd.: 35). Unter der *sōphrosynē* ist insofern das Maßhalten zu verstehen, als dass zu ihr auch die Vermeidung alles Extremen gehört, die ein allgemeines Maß der Stadt darstellt und sie in die Nähe von Harmonie, Gleichklang und Eintracht rückt (vgl. ebd.: 36).

Während die *Politeia* gerne als Utopie betrachtet wird, obwohl sie von Pla-

⁵Als Konsequenz dieses Denkens nutzte er die Möglichkeit zur Flucht nicht, als er nach gerichtlicher Verurteilung auf seine Hinrichtung wartete und wählte bereitwillig den Tod, da ihm dies richtig erschien (vgl. Ottmann 2001a: 235).

ton bevorzugt wurde, erfährt sein Alternativansatz *Politikos* die Rezeption eines eher umsetzbaren Entwurfs. Zentral bleibt hier das Motiv des Maßhaltens, aber verschiebt sich diese vom Einzelnen auf den Staatsmann: „Platon diskutiert im *Politikos* eine in der Sinnenwelt anzuwendende Meßkunst. Diese hat es mit dem ‚Angemessenen‘ (*prepon*), dem ‚zeitlich Passenden‘ [...] und dem ‚Gebührliehen‘ (*deon*) zu tun. Es geht um Messungen, bei denen zwischen den Extremen zu vermitteln ist.“ (ebd.: 75). Bezogen auf die *Politeia* ändern sich im *Politikos* also nicht nur die relevanten Akteure⁶, sondern auch deren Handlungsparadigmen, da der Schwerpunkt in ersterer auf der Separation der Tüchtigkeiten lag und sich dieser in zweiterem zugunsten von Mischung, Verbindung und Gemeinsamkeit verschiebt: „Das alles Bestimmende wird das rechte Maß, das der Staatsmann zu treffen hat.“ (ebd.: 79) Diese neue Gewichtung des Ausgleichs lässt sich auch wie folgt formulieren:

„Sinn und Ziel aller Gesetzgebung ist der Frieden, die Eintracht im Inneren. Die Tugend der Besonnenheit, des Maßes (*sōphrosynē*) erweist sich als bedeutsamer als die Tapferkeit (*andreia*), auf die Militärstaaten wie Sparta (oder Kreta) alles stellen. [...] Die Gesetzgebung soll sich ausrichten am Maß, am Konsens, am Frieden. Eintracht kommt vor Zwietracht, innere Stärke vor Stärke nach außen.“ (ebd.: 85)

2.3.3 Aristoteles

In Bezug auf die Hochschätzung von Mitte und Maß, die beide für Aristoteles’ Ethik und Politik bestimmend sind, ist die politische Philosophie eng mit dem Denken vor allem des älteren Platon verbunden (vgl. ebd.: 111). Aristoteles’ *Nikomachische Ethik* gilt als die einflussreichste philosophische Ethik der westlichen Kultur und handelt von den Möglichkeiten des Menschen, durch eigenes Tun sein eigenes Glück zu bewirken (vgl. ebd.: 139). Er kennzeichnet und bestimmt alle Tugenden seiner Ethik durch das Bild einer „Mitte“, die stets zwischen zwei Extremen, zwischen Mangel (*elleipsis*) und Überschwang (*hyperbolē*) zu suchen ist (vgl. ebd.: 145). Während umstritten bleibt, wo diese exakt zu finden ist, also zwischen den Extremen der Affekten oder der Handlungsweisen, stellt er die Bedeutung der „Mitte“ bei den Affekten deutlich heraus: „Der Draufgänger etwa hat zuwenig Furcht und zuviel Mut. Beim Feigling ist es umgekehrt.“ (ebd.: 145). Dabei verabsolutiert er die Verortung der „Mitte“ nicht zwingend, sondern unterstellt ihr eine grundlegende Relativität bzw. Umstandsbezogenheit: „Aristoteles läßt aber auch eine Mitte [...] zu, die von Person zu Person unterschiedlich ausfallen kann.“ (ebd.: 145) Dieser Umstand ist es wohl, der die *Nikomachischen Ethik* zu einem Dokument Aristoteles’ Realitätssinns und seiner praktischen Vernünftigkeit macht (vgl. ebd.: 139). Grundsätzlich grenzt Aristoteles die Mitte scharf von den Extremen ab: „Da die richtige Mitte keinen Namen hat, erheben die Extreme gleichsam Anspruch auf den Platz in der Mitte, wie wenn er freistünde. Indes, wo es ein Zuviel und ein Zuwenig gibt, da gibt es auch das Mittlere.“ (Backes, Uwe [et al.] 2005: 159).

⁶An dieser Stelle wird auf das Gendern aus Rücksicht auf historische Tatsachen verzichtet.

Während für Aristoteles die Ethik die praktische Philosophie vom Glück des einzelnen ist, versteht er Politik als praktische Philosophie der Stadt (vgl. Ottmann 2001b: 172). In seinem Werk *Politik* setzt er sich mit derjenigen Verfassung auseinander, die die richtige Mitte trifft (vgl. ebd.: 145). Diese Verfassung nennt er *Politie*, die sich durch tugendhaftes Regieren auszeichnet (vgl. ebd.: 145). Das Erreichen dieser politischen Mitte traut er am ehesten der sozialen Mitte, der Mittelschicht zu, da er Reichen und Armen Unfähigkeit unterstellt entweder zu regieren oder sich regieren zu lassen (vgl. ebd.: 145). Aristoteles betrachtet den Mittelstand als soziale Basis der *Politie*, da er gleichermaßen frei vom Mehrhabenwollen als auch von der Ämtersucht der Reichen und der Ämterflucht der Armen sei und so die Grundlage für eine gemäßigte Verfassung darstellt (vgl. ebd.: 200). Nicht nur in der Ethik, auch in der Politik entfernt sich Aristoteles vom philosophischen Dogmatismus und dem Einheitsdenken Platons, indem er auf der Suche nach der besten Stadt berücksichtigt, in welche Umstände und Lagen gebettet eine relativ beste Verfassung entstehen könnte (vgl. ebd.: 173).

Dieses aristotelische Denken von der Mitte als erstrebenswerter Größe ethischen und politischen Handelns begründet seine *Mesotes*-Lehre. Aristoteles vermeidet die durch eine einseitige Bevorzugung dieser oder jener Lebensform entstehenden Missverhältnisse (vgl. ebd.: 212). Die griechische Mitte, die mit *Mesotes* gemeint ist, ist nicht nur eine räumliche Vorstellung als Punkt zwischen zwei Polen in gleicher Entfernung, sondern steht auch für das Perfekte und Absolute, unabhängig davon, ob sich diese Ordnungsvorstellung nun auf das individuelle Gemüt, die Welt oder die Gemeinschaft bezieht (vgl. Prüwer 2011: 66). Aristoteles trennte die Mitte tautologisch von den Extremen ab: „Die Extreme sind der Gegensatz zur Mitte und zu einander, und die Mitte ist der Gegensatz zu den Extremen“ (ebd.: 66). Die von ihm propagierte *Mesotes* ist die hochkomplexe Kunst des Die-Mitte-Haltens, die Mäßigung sucht (vgl. Peters 1993: 35). Diese Mäßigung ist das Suchen nach dem eigenen Maß, das Ausloten der eigenen Möglichkeiten, das Sich-selbst-Erkennen⁷ und die freiwillige Selbstbeschränkung aus Akzeptanz der Unvollkommenheit der Welt und des Menschen (vgl. ebd.: 35). Das aus der Mäßigung resultierende Verhalten stellt für Aristoteles einen ethischen Wert dar, der ein Optimum beschreibt, über das hinaus es kein Zuviel geben kann (vgl. Ottmann 2001b: 145; Peters 1993: 35). Im politischen Leben findet sich die *Mesotes*-Lehre in Form des demokratischen Kompromisses wieder, der ein für die Gesellschaft erstrebenswertes Ideal verkörpert, indem er versucht, die Mitte zu finden und höchste gesellschaftliche Vollkommenheit zu erreichen (vgl. ebd.: 37). Das Verwirklichen der *Mesotes* und das Praktizieren des Maßhaltens sind in der aristotelischen Lehre alles andere als simpel oder selbstverständlich, denn es wurde „als aufwendiges politisches Balance- und Verknüpfungswerk miteinander rivalisierender Geltungsansprüche vorgestellt, die es sinnvoll und förderlich so aufeinander zu beziehen galt, daß ein soziales und kulturelles Optimum erreichbar wurde.“ (Guggenberger, Bernd [et al.] 1993: 14)

Heute gilt das aristotelische Lob der Mitte und deren Gegenüberstellung mit

⁷„Erkenne dich selbst!“ war die Losung des Orakels von Delphi und paraphrasierte die Forderung danach, sich selbst als sterbliches Wesen und nicht als unsterblicher Gott anzuerkennen (vgl. Ottmann 2001a: 17).

den Extremen als bestimmend für die westliche politische Tradition als auch die Sprache (vgl. Jaschke 2006: 16). Der Ausdruck und das Konzept des von Aristoteles ethisierten sokratischen Mittleren fanden ihre politische Bestimmung in der römischen *civitas*, in der Öffentlichkeit, Publikum und Gemeinwohl als *medium* bezeichnet wurden (vgl. Görner 1993: 39; Prüwer 2011: 67). Im kaiserlichen Rom wurde der Begriff der Mitte zur Weltenmitte umgemünzt und erfuhr somit eine Bedeutungserweiterung als Zentrum, die sich ebenfalls im christlichen Mittelalter – wenn auch sakralisiert – in der Ethik (vgl. ebd.: 68) und im Absolutismus in der Politik wiederfindet (vgl. Görner 1993: 40). Die vernünftigen und tugendhaften Vertreter*innen der Mitte, des Maßhaltens formwandelten sich im Laufe der Zeit vom Mittelstand über die Mittelklasse zur Mittelschicht (vgl. Harm 2009: 211).

2.4 Entstehung des Links-Rechts-Schemas

Das Konzept einer Mitte funktioniert ohne Bezugsrahmen nicht. Bei der „politischen Mitte“ ist dieser Bezugsrahmen die unter 2.1 beschriebene Links-Rechts-Heuristik, die anhand politischer Ideologeme einen abstrakten politischen Raum konstituiert, in dem politische Einstellungen und letztlich auch Akteure, die diese vertreten, verortet werden können. Im Falle der eindimensionalen Links-Rechts-Heuristik stellt sich aber die Frage nach der Zuordnung der Skala: Was macht „links“ links und „rechts“ rechts? Hierzu ist es notwendig, die Entstehung des so genannten Links-Rechts-Schemas näher zu betrachten.

Diese Spur führt zunächst ins England des 11. Jahrhunderts, wo der – üblicherweise informell zusammengestellte – Beraterkreis der Königs zeitgleich zur Entstehung des Feudalsystems mit dem „Rat des Königs“ (*Curia Regis*) eine institutionalisierte Form erhielt, die Kern des späteren Parlaments werden sollte (vgl. Marschall 2005: 25). In der *Magna Charta* von 1215 wurden dem Rat eigene Kompetenzen⁸ festgelegt, während dem Organ erst mit der im Zuge der *Glorious Revolution* von 1689 verfassten *Bill of Rights* fundierte, legislative Macht als Parlament zukam (ebd.: 26). Jedoch wurde bereits aus dem Jahre 1669 überliefert, dass es eine festgelegte Sitzordnung im Rat gab, die sich vom König ausgehend in eine linke und eine rechte Hälfte schied⁹ (vgl. Backes, Uwe [et al.] 2005: 100). Da der Rat der damaligen Zeit ständisch zusammengesetzt war, erfolgte auch die Entscheidung, welches Ratsmitglied auf welcher Seite Platz zu nehmen hat, anhand der Standeszugehörigkeit – obwohl eine Unterscheidung zwischen „links“ und „rechts“ begrifflich bereits vorhanden war, herrschte keinerlei symbolische Beziehung zwischen der Bezeichnung und einer bestimmten politischen Richtung (vgl. ebd.: 100; Link 2006: 419).

Die Verwendung von *links* und *rechts* als politische Richtungsbegriffe der modernen Links-Rechts-Topik zur Vermessung der politischen Landschaft ist hingegen

⁸So galt es als Errungenschaft, dass die *Curia Regis* im Falle der Erhebung von Steuern vom König gehört werden musste (vgl. Marschall 2005: 26)

⁹In der französischen Übersetzung des von Edward Chamberlayne verfassten Werks „The Present State of England“ ist von „A la main droite“ und „a la main gauche“ die Rede (vgl. Backes, Uwe [et al.] 2005: 100)

Ergebnis der Französischen Revolution (vgl. Backes, Uwe [et al.] 2005: 99; Lenk, Kurt [et al.] 1987: 97; Link 2006: 419; Sigrid Roßdeutscher [et al.] 2013: 68). Die eingetretene „symbolische Transformation der britischen Parlaments-Topik“ (Link 2006: 419) wird von manchen als epochale Revolution bezeichnet, da hier erstmalig politische Gesinnungen für die Rechts-Links-Symbolik konstitutiv wurden (vgl. ebd.: 420) und die Sitzordnung nicht mehr festgefügte gesellschaftliche Hierarchien widerspiegelte (vgl. Backes, Uwe [et al.] 2005: 101). Ausgangspunkt war die 1789 einberufene Nationalversammlung (*Assemblée Nationale*), die Schauplatz der Auseinandersetzung unterschiedlicher politischer Strömungen des Landes wurde (vgl. Marschall 2005; Backes, Uwe [et al.] 1996: 40). Zum ersten Mal wurde – zunächst aus technischen Gründen wie der Übersichtlichkeit und der einfacheren Auszählung bei Abstimmungen – anhand politischer Orientierungen ein linker und rechter Block gebildet (vgl. Link 2006: 420). Die ausschlaggebende politische Orientierung, anhand derer die Links-Rechts-Unterscheidung erfolgte, war die Haltung zur Monarchie (vgl. Marschall 2005). Kristallisationspunkt war die Streitfrage, wie das Vetorecht des Königs in der zu erarbeitenden Verfassung ausgestaltet sein sollte: Auf der rechten Seite des Rednerpults und des Präsidenten sammelten sich die Befürworter eines absoluten Vetos, auf der linken Seite gruppieren sich jene, die dem König ein aufschiebendes (suspensives) Vetorecht zubilligen wollten (vgl. Backes, Uwe [et al.] 1996: 40). Diese auf eine konkrete Sachfrage bezogene, symbolische Aufteilung des Raumes ordnete – willkürlich – die republikanischen Antiroyalisten der linken Seite und die Anhänger des Königtums der rechten Seite zu (vgl. Link 2006: 420; Marschall 2005: 95). Aus der Positionierung um die Frage der künftigen Rolle des Königs wurde eine grundsätzliche Ordnung abgeleitet: Entscheidende Größe war die normative Wertung des Status Quo und die daraus abgeleiteten Handlungsmaximen – die Progressiven links, die Konservativen rechts (vgl. Lenk, Kurt [et al.] 1987: 97; Sigrid Roßdeutscher [et al.] 2013: 68). Dieses parlamentarische Ordnungsprinzip wurde im Laufe seiner über zweihundertjährigen Geschichte und wird bis heute flächendeckend und konsequent verwendet (vgl. Lenk, Kurt [et al.] 1987: 97).

Im postnapoleonischen Frankreich erfuhr die parlamentarische Sitzordnung nicht nur eine Wiederbelebung, sondern auch eine Modifikation: „Zwischen die Lager der 'Rechten' und der 'Linken' trat eine auf Ausgleich setzende, gemäßigt-monarchistisch orientierte Mitte ('centre')¹⁰.“ (Backes, Uwe [et al.] 2005: 101) Durch die jakobinische Radikalisierung der Französischen Revolution erhielt der Umgang mit der Mitte im humanistischen Klassizismus einen kultischen Charakter: Der Platz in der Mitte der Parlamente, zwischen den zwei Extremen, wurde zum Ort der „Gemäßigten“ (vgl. Lenk, Kurt [et al.] 1987: 97), der nicht nur ein antijakobisches Ideal verkörperte, sondern auch – ganz in aristotelischer Tradition – die Bemühung um

¹⁰Es ergab sich unter Berücksichtigung der Mitte das ideologische Kontinuum Sozialisten – Radikale/Demokraten – Liberale – gemäßigte Konservative – Ultraroyalisten, das in der symbolischen Richtungskodierung sprachlich zu *extrême gauche* – *gauche modérée* – *centre gauche* – *centre droite* – *droite modérée* – *extrême droite* wurde (vgl. Backes, Uwe [et al.] 2005: 101). Es fällt auf, dass die „Mitte“ der Liberalen selbst noch einmal in eine linke und eine rechte Mitte aufgeteilt wurde.

Mitte und das rechte Maß als Rechtfertigung des eigenen Schaffens (vgl. Görner 1993: 41).

2.5 Die Mitte und das Mittesein

Nachdem nun geklärt ist, worum es sich beim Modell der Politischen Mitte handelt, welchen Zwecken es dient, mit welchen sprachlichen Mitteln es arbeitet, auf welche ideengeschichtliche Vergangenheit der Begriff zurückgeht und in welchen weiteren Modellgrößen es einhergeht, stellt sich die Frage, was die Mitte zur Mitte macht. Eingangs wurde bereits erwähnt, dass der Existenz einer Mitte begründungslogisch eine Umgebung vorausgehen muss, auf welche sich diese Mitte bezieht. Zwar ist diese Umgebung mit der Links-Rechts-Heuristik eindeutig benannt, dennoch geht aus diesem Zusammenhang noch nicht hervor, welche Qualitäten „politische Mitte“ erfüllen muss, wenn es dem Konzept entsprechen sein soll.

Die aus zwei antithetischen Größen bestehende Dyade der Links-Rechts-Heuristik wird zur Triade, wenn die Größe der Mitte auf der Strecke zwischen den Rändern gedacht wird (vgl. Backes, Uwe [et al.] 2005: 105). Die Konstruktion der politischen Mitte erfolgt dabei *ex negativo*: Die politische Mitte ist der Ort innerhalb der Links-Rechts-Heuristik, der mit den Rändern des eindimensionalen Spektrums nicht identisch ist (vgl. Lenk, Kurt [et al.] 1987: 100). Dabei sind allerdings zwei Punkte strittig. Erstens kann die Existenz dieses Orts zurecht angezweifelt werden. Der französische Politikwissenschaftler Maurice Duverger ist der Ansicht, dass es die als Hort der Harmonie und des Ausgleichs imaginierte politische Mitte gar nicht geben kann, da sie sich durch den Versuch, zwei Gegensätze zu vereinen, selbst neutralisiert:

„Jede Politik bedingt eine Alternative zwischen zwei Lösungen, denn die vermittelnden Lösungen lehnen sich an die eine oder andere an. Das besagt nichts anderes, als dass es in der Politik keine Mitte gibt. Es mag wohl eine Partei der Mitte geben, aber keine Richtung der Mitte. Mitte nennt man den geometrischen Ort, an dem sich die gemäßigten der entgegengesetzten Richtungen sammeln. [...] Jede Mitte ist in sich selbst gespalten – die linke und die rechte Mitte, denn sie selbst ist nur die künstliche Zusammenfassung des rechten Flügels der Linken und des linken Flügels der Rechten. Es ist die Bestimmung der Mitte, zerteilt, hin- und hergeworfen, aufgelöst zu werden. [...] Es ist der Traum der Mitte, die Synthese entgegengesetzter Bestrebungen darzustellen, aber die Synthese ist nur eine theoretische Möglichkeit. Das Handeln ist ein Wählen, und Politik ist Handeln.“ (ebd.: 99)

Zweitens, wenn die Möglichkeit der Existenz einer Mitte angenommen wird, ist nicht klar, wo die Grenze zwischen dem verläuft, was mit dem Ausdruck *politische Mitte* kodiert wird und dem, was mit *links* oder *rechts* bezeichnet wird (vgl. Decker, Oliver [et al.] 2006: 12; Dölemeyer, Anne [et al.] 2011: 9). Abgrenzungsversuche werden zuweilen auch über die Negation der den Rändern zugeschriebenen Wesenszüge unternommen, wonach die Extreme kompromisslos und prinzipiell, die

Mitte hingegen pragmatisch sei und für das Mögliche und Machbare stehe (vgl. Guggenberger, Bernd [et al.] 1993: 14).

Drittens ist – unabhängig von den potentiell mit der Begrifflichkeit konnotierten normativen Wertungen – fraglich, wie stabil eine auf diese Weise konzipierte Mitte ist, also ob es sich um eine statische oder dynamische Größe handelt. Die Ortsfestlegung der Mitte innerhalb der Links-Rechts-Heuristik ist von ihrer „Länge“ abhängig: „Sich zur Mitte bekennen heißt in jedem Falle im Dazwischen Position beziehen. Das bedeutet, daß man die Extreme erfassen muß, um zur Mitte zu finden.“ (Görner 1993: 38) Logisch betrachtet folgt daraus, dass, sollten sich die Endpunkte der Links-Rechts-Skala in die eine oder andere Richtung verschieben, sich damit auch automatisch die Lage der imaginierten Mitte ändert: „Was Mitte sei, hängt von der Qualität der Extreme ab, die sie bedingen und mit denen sie sich verändert.“ (ebd.: 38) Da *links* und *rechts* politische Richtungsgrößen bezeichnen, die auf ideologischen Standpunkten fußen, sind sie nicht an bestimmte Akteur*innen oder Themen gebunden, was die Möglichkeit einer Um- oder Neubesetzung der Bedeutung dieser Größen nicht ausschließt (vgl. Guggenberger, Bernd [et al.] 1993: 12). Prinzipiell ist die so konzipierte politische Mitte eine dynamische Größe, was sprachlich auch dadurch ausgedrückt wird, dass ein Land – also dessen politische Kultur – „seine Mitte findet“ (Westen 2012: 159) Die Zuordnung zur politischen Mitte über Eigenschaften, die nicht der ideologischen Positionierung mittels der Links-Rechts-Heuristik folgen, scheinbar offensichtlich unzulässig, aber durch die semantische „Streuweite“ des Ausdrucks *Mitte* keine Seltenheit (vgl. Decker, Oliver [et al.] 2006: 165; Lenk 1994: 363). Diese soll im Folgenden behandelt werden.

3 Begriffswirkung und Verwendungskontexte

Der Ausdruck *politische Mitte* hat einige logische Vorbedingungen zu erfüllen, wie in 2 gezeigt wurde. Im nun folgenden Teil soll es nach der bereits skizzierten Konzeption der „Mitte“ um die Wirkung des Begriffs und die Kontexte, in denen er verwendet wird, gehen. Dazu ist zunächst notwendig darzulegen, wie der Ausdruck zu seiner Wirkung kommt und wie sich diese gestaltet. Da die Verwendung und Wirkung des Begriffs im politischen Diskurs untersucht werden soll, bietet es sich an, hierzu die Verwendungsgeschichte in Deutschland zu beleuchten. Der Verlauf und Gestaltung des deutschen politischen Diskurses aus den Anfangstagen der Links-Rechts-Heuristik übt potentiell immer noch eine Wirkung auf die heutige politische Kommunikation aus, da Diskurse nicht einfach abbrechen, sondern als Einheit sprachlicher Formen und Inhalte eine hohe Lebensdauer haben (vgl. Jäger 2004: 6)

3.1 Verwendungskontexte und -geschichte in Deutschland bis 1933

Die Verwendungsgeschichte der Links-Rechts-Heuristik – und damit des Ausdrucks der politischen Mitte – in Deutschland beginnt mit dem deutschen Parlamentarismus. Eine ausschließlich auf das Hier und Heute und den Bundestag gemünzte Betrachtung wäre eine fahrlässige Reduktion: „Vielmehr gibt es eine ‚Reichstagsgeschichte‘, ohne welche der Bundestag nicht zu verstehen ist.“ (Kluxen 1967: 197)

Eine aus dem Jahre 1822 überlieferte Äußerung eines badischen Abgeordneten dokumentiert bereits das Wissen um die Existenz der topographischen Links-Rechts-Heuristik, stellt aber auch unter Beweis, dass deren korrekte Verwendung alles andere als selbstverständlich ist: „Wir haben keine rechte und keine linke Seite, heute spricht der gegen die Regierung, morgen jener, heute der Freund gegen den besten Freund, je nach der individuellen Ansicht.“ (Backes, Uwe [et al.] 2005: 102) Erst nach der französischen Julirevolution 1830 änderte sich das, als die Abgeordneten des badischen Landtags 1843 nach politischen Richtungen geordnet ihre Sitzplätze im Verhandlungssaal einnahmen, womit nicht nur eine politische Sitzordnung von links nach rechts, sondern auch eine erste Fraktionsbildung äußerlich in Erscheinung traten (vgl. ebd.: 102). Für die frühen Parlamente als Stände- bzw. Honoratiorenversammlungen ohne Parteien im heutigen Sinne war dies ein Novum (vgl. Marschall 2005: 46). Jedoch existierte ein Konzept von Parteien, die als freie Gesinnungsgemeinschaft ohne feste Organisation verstanden wurden und die – als Royalisten und Demokraten bezeichnet – auf zwei politischen Hauptrichtungen

konkurrierten (vgl. Botzenhart 1977: 53).

Während die in Baden dokumentierte Fraktionsbildung vor 1848 eher eine Ausnahme darstellte, fand die innerparlamentarische Parteienbildung – erneut nach Vorbild des postrevolutionären Frankreich – in Deutschland erst im Frankfurter Paulskirchenparlament statt (vgl. Marschall 2005: 46). Diese als „Clubs“ bezeichneten Abgeordnetenzusammenschlüsse benannten sich nach ihren außerparlamentarischen Tagungsstätten, welche meist gastronomische Lokalitäten waren (vgl. Botzenhart 1977: 419; Marschall 2005: 95). Ansatzweise ließ sich z. B. mit der für Gleichheit und Volkssouveränität eintretenden *Partey der Linken im teutschen Hof* ein der Selbstreferenz dienendes Aufgreifen der Links-Rechts-Heuristik feststellen (vgl. Backes, Uwe [et al.] 2005: 102), da aber eine hohe Konkurrenz um diese Bezeichnungen herrschte und die Programmatik der unterschiedlichen Akteur*innen oft große Überschneidungen aufwies, setzte sich letztlich die eindeutigere Benennung nach Lokal durch (vgl. Botzenhart 1977: 419). Allerdings hat sich die Links-Rechts-Heuristik nicht sofort in der Sitzordnung der Frankfurter Nationalversammlung niedergeschlagen, es bedurfte dafür einer Orientierungsphase, in der sich politisch Gleichgesinnte finden konnten (vgl. Backes, Uwe [et al.] 2005: 102). Diese Gelegenheit ergab sich durch den parlamentarischen Ablauf der ersten zehn Tage, wo durch Versuche politischer Einflussnahme auf Debatten zum Prozedere schnell ersichtlich wurde, wer wessen politischer Freund war (vgl. Eyck 1968: 133). In der Folge versuchten die Gruppierungen – sowohl jene auf der rechten als auch auf der linken Seite – sich zu organisieren, um so ihren Einfluss auf parlamentarische Abläufe zu erhöhen (vgl. ebd.: 105). Ähnliche Bewegungen gab es auch in der „Mitte“ des Parlaments in Anlehnung an die französische Aufteilung in ein *centre gauche* und ein *centre droite* war auch bald von einem linken oder rechten Zentrum die Rede (vgl. Botzenhart 1977: 419), das – ebenfalls wie in Frankreich – einem antijakobinischen Ideal folgte und stark auf Mediation zwischen den Kräften zu ihrer Linken und zu ihrer Rechten bedacht war (vgl. Eyck 1968: 128).

Bekanntermaßen spielte der Parlamentarismus in Deutschland zwischen 1848 und 1918 nur eine zweitrangige Rolle; die Wiederbelebung des Konzepts und seine Aufwertung hängt maßgeblich mit der Weimarer Republik zusammen. Tragischerweise hat sie gerade durch ihr Scheitern die Verwendung der Links-Rechts-Heuristik und des Konzepts der „politischen Mitte“ befeuert. Ihr wurde fehlender Grundkonsens über die politische Ordnung attestiert, was sich durch die hohe Frequenz des Regierungswechsels auszeichne (vgl. Marc Debus [et al.] 2010: 17), aber häufig auf das Fehlen demokratiefreundlicher politischer Kultur, eines stabilen Parteiensystems und festgelegter Selbstschutzmaßnahmen der Verfassung zurückgeführt wird (vgl. Marschall 2005: 30). Nach Weimar wurde viel über das Scheitern von Weimar spekuliert, debattiert und geschrieben. Diese Analyse im Nachgang zeichnet sich häufig dadurch aus, dass die unterstellte Schwäche des Systems auf die schwachen Stellung – oder dem vollständigen Fehlen – der politischen Mitte zurückzuführen sei (vgl. Backes, Uwe [et al.] 1996: 24; Reichel 1981: 141). Umso aufschlussreicher hingegen ist die Analyse der Geschehnisse in „Echtzeit“. Der bereits 1923 verstorbene Theologe, Kulturphilosoph und Politiker Ernst Troeltsch hat sich in seinen „Spektator-Briefen“ mit den Geschehnissen der Revolution 1918 und den Entwick-

lungen der jungen Republik befasst. Auffällig ist bereits Troeltschs Darstellung der „die neue Verfassung tragenden Mitte“ (Troeltsch 1924: 142). Schon Troeltsch koppelte den Fortbestand der Republik – mitunter in drastischen Worten¹ – an den Fortbestand der politischen Mitte und attestierte den Akteur*innen der Mitte aber gleichzeitig mangelnde Bereitschaft, staatstragend zu agieren (vgl. ebd.: 142). Bereits im Juli 1921 schrieb er in einer Abhandlung über die Folgen des Versailler Friedens für Deutschland:

„Die Lehren daraus für unsere Lage sind leicht zu ziehen. Sie heißen nicht, daß Ideen an sich nichts wert sind, aber daß man ihnen gegenüber als Werkzeugen der Leidenschaften und Interessen, der Propaganda und der Überredung auf der Hut sein muß, daß man zu allererst die wirklichen Tatsachen und Möglichkeiten sehen muß, um dann auf dieser Grundlage erst die Ideen zu bilden, die ihre fürchterlichen Spannungen und Schwierigkeiten, wenn nicht überwinden, doch mildern und überbrücken können. Sie werden in ihrem echten und gesunden Sinne stets Ausgleich und Kompromiß sein müssen, beruhend auf der Einsicht in die von der Lage gegebenen Gegensätze und auf der Liebe zu dem Volkstum, das sie in sich ausgleichen und vereinigen muß, wenn es leben will.“ (ebd.: 203)

3.2 Verwendungskontexte in der Bundesrepublik Deutschland

Seit Gründung der Bundesrepublik – und der Wiederaufnahme des Parlamentarismus – konnte sich die Links-Rechts-Heuristik, ähnlich wie in anderen westlichen Demokratien, weiter etablieren. Dabei ist allerdings auffallend, dass die „Mitte“ auf der Skala von links nach rechts eine vordergründige Stellung im politischen Diskurs eingenommen hat. Diese Besinnung auf die „Mitte“ wird häufig auf die traumatischen geschichtlichen Erfahrungen der Deutschen mit dem Scheitern der Weimarer Republik, der folgenden Diktatur des Dritten Reichs und dem von ihr zu verantwortenden Weltkrieg und der Shoah zurückgeführt (vgl. Lenk, Kurt [et al.] 1987: 99). An anderer Stelle wird die Dominanz der *politischen Mitte* im politischen Diskurs nach der deutschen Wiedervereinigung zusätzlich mit einer Abgrenzungsabsicht gegenüber dem politischen Regime der DDR erklärt (vgl. Jaschke 2006: 47). Die deshalb aufkommende Positivkonnotation mit der „politischen Mitte“ im Deutschen Kontext liegt auf der Hand: „In Deutschland ist aus historischen Gründen die Angst vor politischem Übereifer weit verbreitet, und es macht hier zu Lande deswegen von vorneherein einen guten Eindruck, wenn sich ein Politiker zur Mitte bekennt.“ (Picaper 2002: 286) Damit wird *politische Mitte* zu einem Schlagwort und einem Sammelbegriff für Akteur*innen, die sich im politischen Spektrum zwischen der Linken und der Rechten befinden (vgl. Krüger 2007: 238). Es lässt sich ferner die Tendenz beobachten, dass eine Abschwächung der politischen Programmatik der Gruppierungen der „Mitte“ durchgeführt wird, um untereinander

¹„Für uns ist ohne Bürgerkrieg und völlige Zertrümmerung nur eine Herrschaft der Mitte möglich.“ (Troeltsch 1924: 146)

koalitionsfähig zu bleiben (vgl. Ipsen 2009: 166). Entsprechend verzichtet kaum eine Partei im deutschen Bundestag auf den Anspruch, die „politische Mitte“ zu verkörpern. da seit der Bundestagswahl 1953 bei allen Wahlen zu Bundes- und Landtagen eine Konzentration der Wählerpräferenzen auf die Parteien festzustellen ist, die von sich am eindringlichsten – oder glaubhaftesten – behaupten, diese Mitte zu besetzen (vgl. Lenk, Kurt [et al.] 1987: 98). Diese Tendenz zur Mitte gilt manchen als „schier unabänderliche Konstante in der politischen Kultur der Bundesrepublik [...]“ (ebd.: 98).

„Der politische und größtenteils auch politikwissenschaftliche Diskurs in der Bundesrepublik imaginiert eine politische 'Mitte', [...] zu der dann die Extreme in äußerster Distanz gehalten werden können.“ (Jäger 2004: 9) Diese Hochkonjunktur in der Begriffsverwendung der *politischen Mitte* muss verwundern, da die in 2.5 beschriebene Abgrenzungsproblematik der Links-Mitte-Rechts-Triade nach wie vor besteht und die „Mitte“ ihr Mittesein immer noch aus der Nicht-Identität mit den Extremen der Heuristik bezieht. Hier kommt allerdings eine bundesrepublikanische Besonderheit zur Geltung. Seit 1974 wird in den Berichten der Verfassungsschutzämter von *Extremismus* gesprochen, der zuvor noch *Radikalismus* genannt wurde (vgl. Decker, Oliver [et al.] 2006: 11). Dieser Begriff wurde beibehalten und er verbreitete sich in der Folgezeit. „Politischer Extremismus“ existiert nicht an sich, sondern wird definiert. Dazu gehört nicht nur das Schaffen des so Bezeichneten als Konzept, sondern auch die Vergabe der Bezeichnung an Entitäten, die künftig unter diesem Konzept zu subsumieren sind (vgl. Lynen von Berg, Heinz 2000: 13). In der weiteren Begriffsverwendung von *Mitte* und den *Extremen* wurde jedoch ein Substitutionsprozess offenbar: Die „politische Mitte“ war nicht mehr die Abgrenzung von anhand des Status-Quo-Bezugs qualitativ zu bestimmenden Extremen – die Mitte ist dort, wo nicht links und nicht rechts ist –, sondern die Abgrenzung zum Extremismus. Unter Zusammenfassung von *links* und *rechts* zu einer Größe, wurde aus der Links-Mitte-Rechts-Triade erneut eine antithetische Dyade. Das Abgrenzungsproblem wurde dadurch entschärft, dass Beurteilung und Grenzziehung in den juristisch-moralischen Raum verschoben wurden und nun scheinbar klar identifizierbare und leicht voneinander trennbare Innen- und Außenräume zur Verfügung standen (vgl. Dölemeyer, Anne [et al.] 2011: 12). Die inhaltliche Definition von Extremismus hängt einerseits also maßgeblich von der Auslegung der Verfassung, andererseits aber auch von staatlichem Handeln und gesellschaftlichen Diskursen ab, die ineinander greifen und sich gegenseitig verstärken (vgl. ebd.: 11). Dies könne als Indiz gewertet werden, „dass Deutschland in seiner Verfassung als Bundesrepublik seine Mitte gefunden hat [...]“ (Ipsen 2009: VIII). Die Bundesrepublik sei sogar „insofern ein 'Staat der Mitte' geworden, als extreme politische Programme sich nicht haben durchsetzen können bzw. erfolgreich bekämpft worden sind.“ (ebd.: VIII)

3.3 Begriffswirkung und konzeptimmanente Sprachhandlungen

Die grundsätzliche Schwierigkeit, sich der Begriffswirkung von *politische Mitte* zu nähern, besteht darin, dass der Ausdruck in der öffentlichen politischen Debatte in Deutschland uneinheitlich gebraucht wird: „Es gibt wohl nur wenige politische Begriffe, die so häufig verwendet und gleichzeitig so unbestimmt sind wie *die Mitte* [. . .]: Jeder weiß, was damit gemeint ist, aber niemand weiß es genau [. . .]“ (Jaschke 1993: 55).

In seinen Philosophischen Untersuchungen schrieb Ludwig Wittgenstein: „Die Bedeutung eines Wortes ist sein Gebrauch in der Sprache.“ (Wittgenstein 2003: 40) Damit verdeutlichte er, dass die Zuordnung zwischen der Lautform eines Ausdrucks und seiner Bedeutung beliebig ist. Gerade bei Abstrakta herrscht in Anlehnung an Adorno „eine nicht aufhebbare Spannung zwischen dem die Wirklichkeit bezeichnenden Begriff und der konkreten gesellschaftlichen Wirklichkeit, durch eine „Nichtidentität von Begriff und Sache‘ selbst aus.“ (Falter 2011: 89) Diesen Umständen trug Ferdinand de Saussure mit seinem Zeichenmodell Rechnung, nachdem ein sprachliches Zeichen – nichts anderes ist ein Ausdruck – aus zwei Dimensionen besteht: Dem Bezeichner oder der Zeichenform (*signifiant*) und dem Bezeichneten oder der Bedeutung (*signifié*) (vgl. Linke, Angelika [et al.] 2004: 30). Abbildung 3.1a verdeutlicht dies.

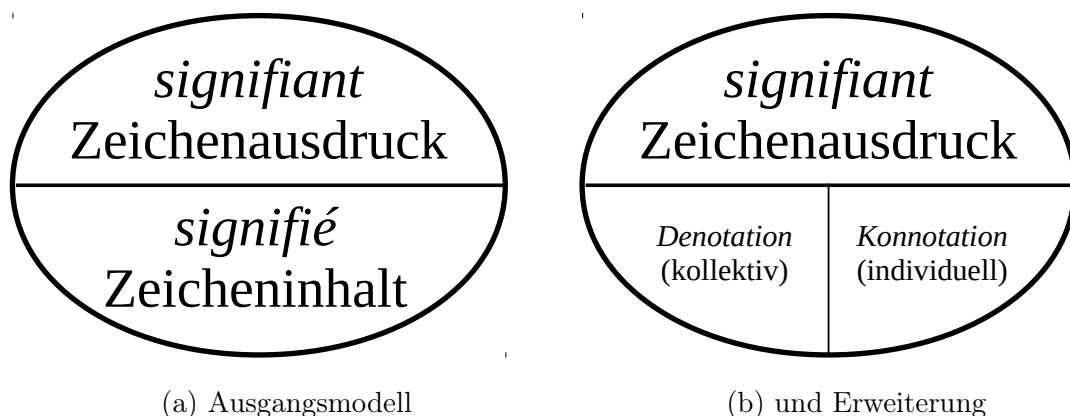


Abbildung 3.1: Schematische Darstellung *de Saussures* Zeichenmodell nach Linke, Angelika [et al.] 2004: 31 (links) und eigene, erweiterte Darstellung (rechts)

Diese Aufgliederung eines sprachlichen Zeichens in zwei Aspektsphären ließe sich fortsetzen (vgl. 3.1b), indem der *signifié* erneut unterteilt und die Bedeutungssphäre aus Denotation und Konnotation zusammengesetzt wird: „Mit Denotation ist der Kern einer Wortbedeutung gemeint, mit Konnotation eine – sozial, individuell oder sonstwie gebundene – Überlagerung dieses denotativen Kerns mit zusätzlichen Bedeutungsaspekten, mit Gefühlswerten und anderem.“ (ebd.:

171). Da, in Anlehnung an Wittgenstein, die Denotation eines Ausdrucks erst im Diskurs festgelegt wird, ist stets eine Diskurs- bzw. Sprachgemeinschaft für die Bedeutungszuordnung verantwortlich. Vereinfachend ließe sich sagen, dass die Denotation kollektiv, die Konnotation individuell gesetzt wird. Dementsprechend haben auch viele Bedeutungsaspekte im Laufe der Zeit Einzug in die Denotation des Ausdrucks der *politischen Mitte* gehalten. Diese grundsätzliche Wandelbarkeit von Begriffen – und der sie bezeichnenden sozialen Realität – ist Ausgangspunkt von Definitionskämpfen (vgl. Dürr 2002: 32; Falter 2011: 89). Die „politische Mitte“ wird als Symbol für den sozialen und politischen Ausgleich von den Volksparteien gleichermaßen beworben und beschworen, auf diesem Wege die Lösung komplexer Fragen in Aussicht stellend und eine höhere dritte Position propagierend, die sich der ideologischen Einseitigkeit der linken und rechten Extreme entledigt (vgl. Lenk, Kurt [et al.] 1987: 100).

Die *politische Mitte* kann also über die kollektive Denotation von *Mitte* bei der Begriffsverwendung gewisse Bedeutungsaspekte fokussieren, die dann noch von der individuellen Konnotation überlagert werden. Das auf diesem Wege „Gemeinte“ bzw. „als gemeint Wahrgenommene“ muss nicht zwingend empirisch-analytischer Natur sein, sondern kann durchaus auch normativen Charakter aufweisen. Allein der Akt des Kommunizierens bedeutet immer, in einer bestimmten Weise auf andere Menschen einzuwirken (vgl. Foucault 1999: 188). Es bleibt zu betonen, dass bei der Begriffsverwendung nicht klar getrennte, sondern einander überlagernde und miteinander verquickte semantische Felder von *Mitte* transportiert werden (vgl. Prüwer 2011: 61). Eines dieser normativen Felder steht in direktem Bezug zur aristotelischen Mesotes-Lehre: „Die Mitte trägt seit jeher das Versprechen in sich, den harmonischen Ausgleich der Extreme, die einvernehmliche Synthese widerstreitender Anschauungen in sich zu bergen.“ (Harm 2009: 211) Dennoch verbergen sich weitere Bedeutungsaspekte hinter der *Mitte*: „Mal erscheint Mitte als ein ‚Mittelpunkt oder mittlerer Bereich‘ und hat ‚topologische Bedeutung‘, ist zentraler Moment oder Zeitraum‘, als ‚Mittelwert‘ auf eine Metrik bezogen, meint ‚Balance oder Mittelweg‘ und besitzt eine ‚qualitative, insbesondere ethische Bedeutung, dann erscheint Mitte als ‚Zentrum eines symbolischen Feldes, als Machtzentrum‘ sowie als ‚Medium‘ und kann ‚Mittelwesen, Mittelzustände, Mischungen‘ bezeichnen.“ (Prüwer 2011: 62) *Die Mitte* signalisiert Mäßigung, Vernunft, Ausgewogenheit, Pragmatismus, Kompromissfähigkeit, gesunden Menschenverstand, ‚juste milieu‘ – allesamt positiv wahrgenommene Eigenschaften, die sich im politischen Wettbewerb bei der Selbstbeschreibung als „politische Mitte“ auf das Beschreibungsziel übertragen (vgl. Münkler 2012: 7, Jaschke 1993: 55). Da auch moralisch relevante Handlungen emotional und nicht kognitiv in Gang gesetzt werden (vgl. Westen 2012: 139), kommt politischer Kommunikation eine besondere Bedeutung bei, da sie unter anderem darauf zielt, eine anschauliche Sprache zu verwenden und zu reflektieren, welche assoziativen Netzwerke durch sie unbewusst aktiviert werden (vgl. ebd.: 160).

Wenn der Mittebegriff nicht nur eine faktische Größe – die Hälfte, das Zentrum – darstellt, sondern über seine Denotation auch noch eine positiv wahrgenommene normative Größe verkörpert, bedeutet dies auch, dass die Nicht-Mitte

auch das Nicht-Gute repräsentiert (vgl. Prüwer 2011: 59). Im modernen politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland ist die „Mitte“ der Ort des „Nicht-Extremistischen“, der Sicherheit vor der gleichermaßen großen Bedrohung der Gesellschaft durch Extremisten verspricht (vgl. Lynen von Berg, Heinz 2000: 288; Decker, Oliver [et al.] 2006: 11; Dölemeyer, Anne [et al.] 2011: 9). Nicht nur die Verwendung der Mitte-Metapher – im Sinne von Mittelpunkt, Hälfte – hat dazu beigetragen, dass die „politische Mitte“ von den politischen Rändern links und rechts gleich weit entfernt imaginiert wird, sondern maßgeblich war daran auch die Reduktion der Links-Mitte-Rechts-Triade zur Mitte-Extremismus-Dyade beteiligt, was allerdings als analytisch irreführend und ideologisch geleitet kritisiert wurde (vgl. Decker, Oliver [et al.] 2012: 17). In Anlehnung an Adorno lässt sich im Falle der „Mitte“ und der „Extreme“ von einer „Fetischisierung von Begrifflichkeiten“ sprechen, die mit ihrer Verabsolutierung des Relativen zur Entleerung der Begriffe führt, da zwischen dem abstrakten Begriff und der konkreten Realität nicht mehr vermittelt wird (vgl. Falter 2011: 91). Durch das Konzept des „politischen Extremismus“ könne ex negativo erschlossen werden, was die „politische Mitte“ nicht sein könne und dürfe (vgl. Backes, Uwe [et al.] 1996: 17). Die Wesenszüge des „Extremismus“ umfassten Freund-Feind-Stereotype, ein hohes Maß an ideologischem Dogmatismus, oftmals gepaart mit Missionierungsbewusstsein (vgl. Hirschner, Gerhard [et al.] 2013: 9).

3.4 *Mitte als Normalitätsdispositiv*

Da nun klar ist, dass *politische Mitte* einen maßgeblichen normativen Bedeutungsgehalt hat, stellt sich die Folgefrage, ob – und wenn ja, wie – der Ausdruck im politischen Diskurs instrumentalisiert werden kann.

Die *politische Mitte* signalisiert Normalität, womit alle Handlungen, die von Akteur*innen, die als Teil der „politischen Mitte“ wahrgenommen werden, ausgeführt werden, als normal erscheinen² (vgl. Jäger 2004: 10).

Dass „Mitte“ als normal angesehen wird, verdeutlicht Abbildung 3.2 (vgl. Lynen von Berg, Heinz 2000: 288). Deutlich zu erkennen ist die Unterscheidung in ein die „politische Mitte“ beinhaltendes politisches Kontinuum – die horizontale Links-Rechts-Achse – und die orthogonal dazu verlaufende sozioökonomische Dimension. Die auf beiden Dimensionen abgebildeten Gauß-Kurven sollen jeweils Zugehörigkeitsverteilungen in der Bevölkerung widerspiegeln, so dass die gesellschaftliche (i. d. R. sozioökonomische) Mitte das bezeichnet, was zwischen *oben* und *unten* angesiedelt ist, Normalverdienende meint und oft *Mittelschicht* heißt (vgl. Decker, Oliver [et al.] 2012: 113). Die politische Mitte wird häufig – fälschlicherweise – mit der gesellschaftlichen gleichgestellt (vgl. Picaper 2002: 282), obwohl beide kategorial

²Dass diese Handlungen deswegen aber nicht zwingend normativ gut sein müssen, erklärt Jürgen Link folgendermaßen: „Zu einer solchen Normalität der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 90er Jahre gehört inzwischen etwa die 1993 erfolgte faktische Abschaffung des Asylartikels (Art. 16GG), die an sich ein völkisch-nationalistischer Akt ist, der aber, da von den Parteien der Mitte vollzogen, als Akt der ‚Mitte‘ und somit als demokratisch erscheint.“ (Jäger 2004: 10)

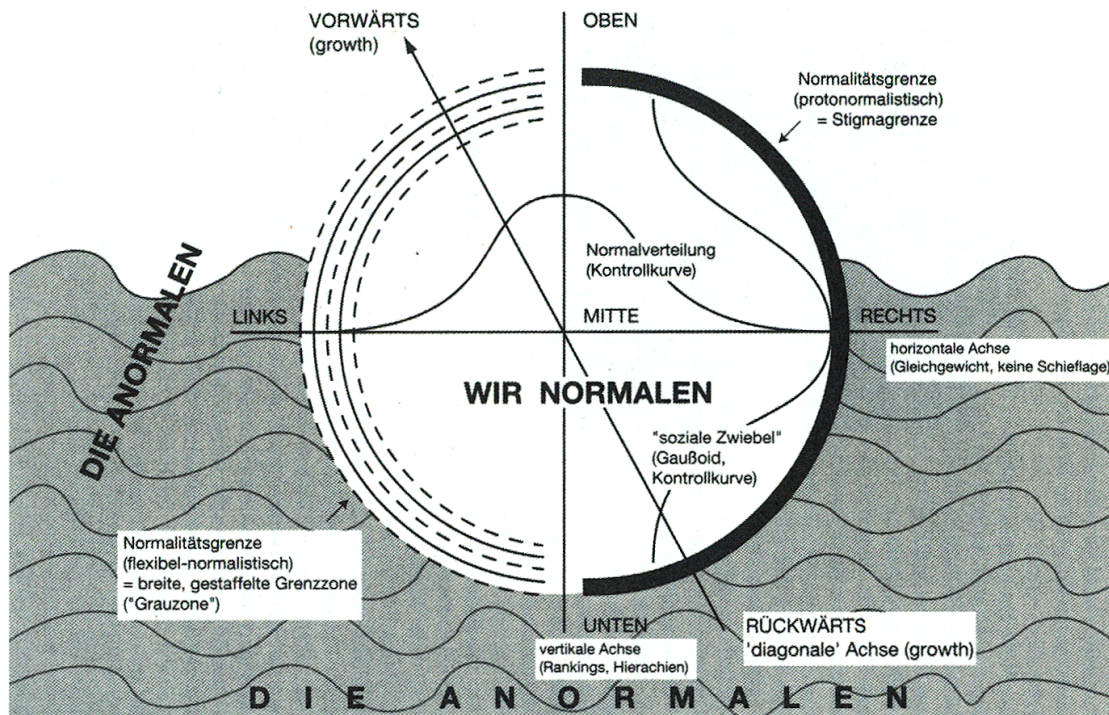


Abbildung 3.2: Schematische Darstellung des *Mitte*-Dispositivs Link 2006: 366

nicht identisch sind und es zudem auch nicht möglich ist, verlässliche Rückschlüsse von sozioökonomischen Status auf die politische Einstellung zu ziehen (vgl. Backes, Uwe [et al.] 1996: 39; Harm 2009: 220). Die Kurve auf der Links-Rechts-Achse suggeriert, dass „mittlere“ politische Einstellungen in der Bevölkerung am häufigsten vertreten sind, was auf vielerlei Gründe zwischen Zaghaftheit und Kalkül (vgl. Krüger 2007: 238) zurückgeführt werden kann³. Das so in der „politischen Mitte“ anzutreffende Stimmenpotential macht sie im politischen Wettbewerb der Parteien besonders lukrativ (vgl. Dürr 2002: 33; Görner 1993: 38; Harm 2009: 211; Mayer, Tilman [et al.] 2002: 8). Diese Mehrheitsverhältnisse prägen auch die politische Kultur der Bundesrepublik (vgl. Reichel 1981: 140). Ebenfalls in der Abbildung angedeutet ist die der Begriffsverwendung innewohnende *Wir*-*Sie*-Unterscheidung, wobei *wir* die normativ positiv wahrgenommene, „normale“ Mitte und *sie* entsprechend deren Negation darstellt (vgl. Dölemeyer, Anne [et al.] 2011: 7, vgl. Prüwer 2011: 65). Die Grenzen zwischen *wir* und *sie* können unterschiedlich stark ausgeprägt sein; ideologisch teilweise durchlässig, konzeptionell scharf durch eine Stigmagrenze verteidigt.

³Besonders einprägsam formuliert es Hans Magnus Enzensberger: „Die Mehrheit der Bevölkerung will von politischen Abenteuern nichts mehr wissen, sie lehnt jeden ideologischen Fanatismus ab, Utopien aller Art und totalisierende Träume sind ihr zutiefst verdächtig. Nur keine Übertreibungen! Man hat ja gesehen, wohin das führt... Und so zeigt sich diese Mehrheit auch im Umgang mit Konflikten lieber moderat.“ (Enzensberger 1993: 196)

Im Foucault'schen Sinne haben wir es mit einem Dispositiv zu tun, was ein Ensemble aus Diskursen und Praktiken bezeichnet, wobei der Ausdruck des *Extremismus* an den interdiskursiven Schnittstellen von juristischen Spezialdiskurs und der politischen öffentlichen Debatte erscheint (vgl. Oppenhäuser 2011: 43). Nach Jürgen Links Modell handelt es sich um ein Normalitätsdispositiv, dessen innere Logik aus der Konstitution von Normalfeldern in unterschiedlichen Referenzbereichen unter Bildung auswertbarer Standardeinheiten besteht (vgl. ebd.: 44). Die von den Volksparteien praktizierte Dichotomisierung von „politischer Mitte“ und „Extremismus“ entspricht der Anordnung des politischen Feldes um eine „Mitte“, die im politischen Diskurs zur „Normalität“ des Dispositivs wird und konstitutiv für das Konzept der „streitbaren Demokratie“ ist (vgl. Lynen von Berg, Heinz 2000: 13).

Betrachtungswürdig ist die Frage, wie die Interaktion zwischen den unterschiedlichen Feldern des Normalitätsdispositivs, also dem, was als „normal“ und „anormal“ gilt, gestaltet ist. Die dominierenden Umgangsformen der „politischen Mitte“ mit ihren Rändern sind Ausgrenzung und Integration, woraus folgt, dass sie eine Herrschaftsfunktion im Verhältnis von Mehrheit und Minderheit ausübt (vgl. Jaschke 2006: 60). Die „politische Mitte“ dient als auf den Durchschnitt gegründeter politischer Richtwert, dem die Aufgabe – oder das Privileg – zuteil wird, Normalisierungsmaßnahmen zu ergreifen, wenn die von den Extremen markierten Grenzwerte überschritten werden (vgl. Link 1991: 19). Lediglich Angehörige der „politischen Mitte“ verfügen über die Definitionshoheit zu entscheiden, wer zu ihr gehört und wer nicht und welche Deutungsmuster als Mehrheitsorientierung gelten sollen und welche nicht (vgl. Jaschke 1993: 70; Wiegel 2011: 223). Dementsprechend ist *politische Mitte* verbunden mit – meist implizit formulierten – normativen und ordnungspolitischen Vorstellungen der Gesellschaft von sich selbst (vgl. Decker, Oliver [et al.] 2010: 43; Decker, Oliver [et al.] 2012: 113). Die als konfliktregulierende Gestaltungsraum auftretende und verstandene „politische Mitte“ kann somit als Ideal angesehen werden und wird zum wesentlichen Protagonisten demokratischer Abläufe (vgl. van de Wetering, Denis 2012: 118). Gerade in der Öffentlichkeit, die als basales Element der Demokratie verfassungsrechtlich garantiert wird, erfährt dies eine politisch normative Aufladung, die legitimitätsstiftend wirken kann (vgl. ebd.: 111). Das als Abgrenzungs- und Kampfbegriff fungierende Etikett *Extremismus* kann zur Ausgrenzung politischer Gegner aus der Normalität dienen (vgl. Jaschke 2006: 16). Die „politische Mitte“ wird zum als legal definierten Raum, dem eine Sogwirkung im politischen Diskurs zuteil wird, da die Selbsteinschätzung nur der wenigsten Menschen von diesem Rahmen abweicht: „Üblicherweise bezeichnet sich kein Extremist als Extremist.“ (Wiegel 2011: 223). Die als Rechtmäßigkeit einer politischen Ordnung bzw. Herrschaft verstandene Legitimität (vgl. Braun, Daniela [et al.] 2009: 53) steht und fällt mit der Fähigkeit des politischen Systems, einen Legitimitätsglauben bei seiner Bevölkerung zu erzeugen und zu einem gewissen Grad zu halten (vgl. ebd.: 56). Schlüssel hierzu könnten demnach der Ausdruck *politische Mitte* und das so bezeichnete Konzept sein: „Das Bekenntnis von sogenannten Spitzenpolitikern der großen Parteien zur politischen Mitte geht einher mit Versuchen, dem jeweils anderen den Platz in der

Mitte streitig zu machen und ihn an den Rand politischer Konsensfähigkeit zu drängen.“ (Jaschke 1993: 55)

Die besprochene Reduktion der Links-Rechts-Heuristik auf eine binäre Unterscheidung zwischen „politischer Mitte“ und „Extremismus“ begünstigt eine in der Bevölkerung feststellbare Tendenz: der moderne *zōon politikon* neigt dazu, einer Positionierung als *links* oder *rechts* aus dem Weg zu gehen und stattdessen *Mitte* als seine Selbstständigkeit und sein Über-den-Dingen-Stehen betonenden Gegenbegriff einzusetzen (vgl. Picaper 2002: 282). Auch die politischen Eliten – vor allem die der Sozialdemokratie zuzurechnenden – bedienten sich um die Jahrtausendwende unter Verwendung der Schlagworte *New Labour* oder *Neue Mitte* als Teil eines „Dritten Wegs“ dieser Bezeichnungsstrategie, um der Links-Rechts-Heuristik zu entgehen (vgl. Münkler 2012: 232; Westle 2012: 256). Allerdings wird diese Gleichgültigwerdung und Gleichsetzung von *links* und *rechts* bei dieser Konstruktion einer „Mitte“ von politischen Gruppierungen instrumentalisiert, die aus vom Normalitätsdispositiv als anormal und den Verfassungsschutzbehörden als *extremistisch* eingestuft werden würden (vgl. Decker, Oliver [et al.] 2012: 17; Geißelmann 2013: 6). Unter der expliziten Behauptung, selbst *die Mitte* zu verkörpern oder deren impliziten Entsprechung weder *links* noch *rechts* zu sein, wird versucht, Zugang zum als normal und legitim deklarierten politischen Wettbewerb zu erhalten: „Die Mitte‘ ist und soll unverdächtig bleiben.“ (ebd.: 7) Auf diesem Wege war es möglich, auch authentisch rechtsradikale Positionen als Ideologeme der „Mitte“ zu etablieren (vgl. Kretschmer, Dirk [et al.] 2004: 55), was – bei Anwendung der Links-Rechts-Heuristik – eine potentiell mutwillige Verschiebung der „politischen Mitte“ bewirkte (vgl. Krüger 2007: 238). Durch diese Begriffsreduktion auf Schlagworte wird deren Verwendung auch für ursprünglich widersprechende Konzepte attraktiv (vgl. Falter 2011: 91).

3.4.1 Symbolischer Bürgerkrieg

Wie die politische Kommunikation innerhalb einer Gesellschaft abläuft, ist stets auch mit ihren Traditionen im Sinne der politischen Kultur abhängig und kann unterschiedlich akzentuiert sein (vgl. Oppenhäuser 2011: 45). Dies zeigt sich besonders deutlich in Bezug auf die unterschiedlichen Möglichkeiten der normativen Wertung von „politischer Mitte“ und den „Extremen“. Jürgen Link hat dazu zwei grundsätzliche Modelle entworfen, die sich hinsichtlich der imaginierten „politischen Mitte“ und ihrer Wertung unterscheiden. Das Modell „Symbolischer Bürgerkrieg“ – wie in Abbildung 3.3 zu sehen – zeigt die „Mitte“ als den Berührungspunkt der politischen Richtungsbegriffe *links* und *rechts*, der eine minimale Wertung erfährt. Die erstrebenswerten Ideale finden sich jeweils in zunehmender normativer Wertung links und rechts des Scheitelpunkts der Parabel, womit die maximale – folglich positive – Wertung mit den Extremen zusammenfällt. Da sich diese antagonistisch gegenüberstehen ist die „Mitte“ als Ort des Ausgleichs, der Harmonie und der Mediation nicht denkbar. Auch, wenn das Modell des symbolischen Bürgerkriegs ohne den für den bundesrepublikanischen politischen Diskurs charakteristischen *Extremismus*-Begriff auskommt, wird dem Umstand Rechnung getragen, dass sich nur

Positionen bis zu einer gewissen Radikalitätsstufe im parlamentarischen Kontext wiederfinden.

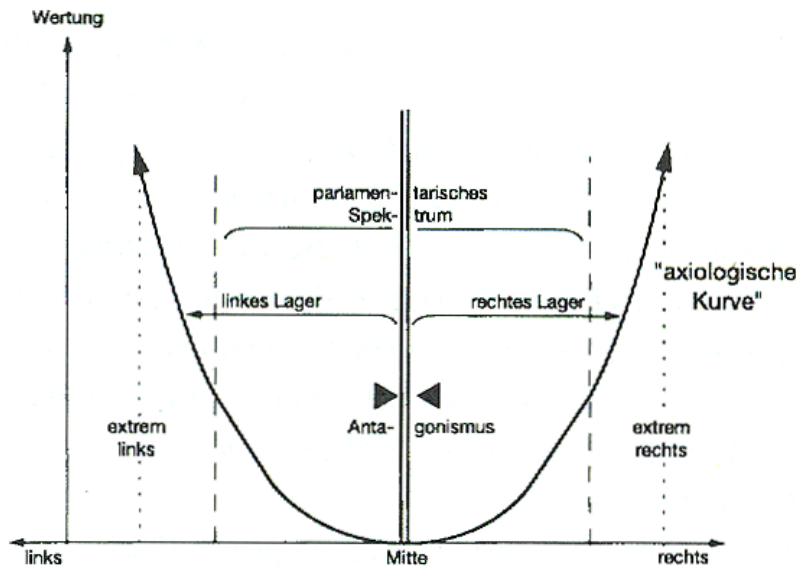


Abbildung 3.3: „Symbolischer Bürgerkrieg“ Link 2006: 422

3.4.2 Symbolische Gleichgewichtswaage

Das zweite Modell Links beschreibt eine „Symbolische Gleichgewichtswaage“ und ist in Abbildung 3.4 zu sehen. Die Wertungsparabel ist hier nach unten geöffnet, was die „Mitte“ zum Punkt der höchstmöglichen Wertung macht, die Extreme besitzen die niedrigste normative Anziehungskraft. Die gedachten Wertungsnullstellen der Parabel markieren die Grenzen zwischen einer normalen – und neutral gewerteten – Positionierung auf der politischen Links-Rechts-Achse und einer anormal – und negativ gewerteten – „extremistischen“ Position. Das antagonistische Verhältnis besteht nun nicht mehr wie im Bürgerkriegs-Modell zwischen der „politischen Linken“ und der „politischen Rechten“, sondern zwischen dem abgesteckten Spektrum der politischen Normalität – der „Mitte“ – und den Bereichen links und rechts von ihr.

Im politischen Diskurs der Bundesrepublik kann das Gleichgewichtswaage-Modell mit seiner positiven Wertung der Mitte als paradigmatisch betrachtet werden (vgl. Oppenhäuser 2011: 45), während andere gar vom „Mythos Mitte“ sprechen (vgl. o. A. 2011: 251). Die politische Debatte entsprach nicht immer diesem Modell und einen vermeintlichen Zeitpunkt des Paradigmenwechsels zu identifizieren, dürfte nur schwer möglich sein. Dieses normalistische Links-Rechts-Mitte-Extreme-Topos hat sich in der Bundesrepublik Deutschland aber besonders nach dem Zweiten Weltkrieg herauskristallisiert (vgl. Link 1991: 19). Über die Wertung dieser Entwicklung schreibt Jürgen Link:

„Die Herausbildung eines politischen Normalitäts-Dispositivs auf der Basis des Waage-Modells in der Bundesrepublik gehört zweifellos zu den spek-

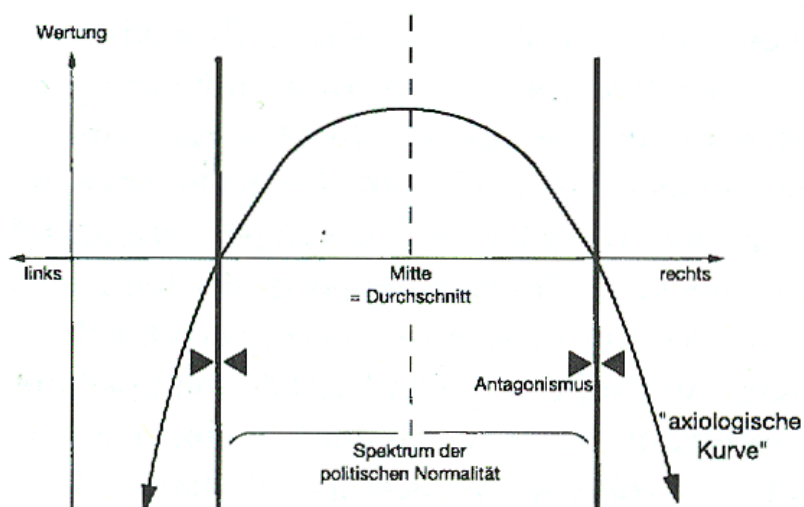


Abbildung 3.4: "Symbolische Gleichgewichtswaage" Link 2006: 422

takulärsten und symptomatischsten Fällen einer Normalisierung gänzlich qualitativ-heterogener und völlig symbolisch-subjektiver Prozesse [...] Jedenfalls muß eine solche Kurve durchschnittlich in den Köpfen implementiert sein, weil bei entsprechenden Umfragen die Einordnung von Parteien, Parteiflügeln und einzelnen Politikern nach Graden von 'Zentralität', 'Linksheit' und 'Rechtsheit' hochgradig übereinstimmt und offenbar das Wahlverhalten steuert." (Link 2006: 424)

4 Fazit und Ausblick

Bei dem Versuch, zu rekonstruieren, worum es sich beim Konzept der „politischen Mitte“ handelt und wie es zustande kommt, konnte gezeigt werden, dass die „politische Mitte“ Teil einer Heuristik ist. Diese soll im politischen Diskurs dazu dienen, die Positionen politischer Akteur*innen – meist Parteien – ohne allumfassende Kenntnis ihrer ideologischen Programmatik anhand ausgewählter Eigenschaften abschätzen zu können. Die Stärke einer solchen Heuristik liegt in der Komplexitätsreduktion, ihre Schwäche hingegen in ihrer – zwangsläufigen – Ungenauigkeit. Die Links-Rechts-Heuristik ist die im deutschen politischen Diskurs am weitesten verbreitete Orientierungshilfe, die unterschiedlichen politischen Einstellungen miteinander in Bezug setzt und ordnet. Dazu bedient sich die Links-Rechts-Heuristik einer räumlichen Metapher; die jeweiligen Ideologeme werden auf einem gedachten eindimensionalen Kontinuum – von *links* nach *rechts* – angeordnet. Gerade die technische Ausgestaltung in Form einer Metapher hat maßgeblich zur weiten Verbreitung der Heuristik beigetragen, da auf Grund neurologischer bzw. psycholinguistischer Gegebenheiten der Mensch nur über Metaphern in der Lage ist, abstrakte Konzepte zu erfassen.

Die Denkfigur einer „Mitte“, die sich als ethische und politische Größe präsentiert, hat ihren Ursprung in der antiken griechischen Philosophie und übt bis heute einen Einfluss auf das Denken westlich geprägter Kulturkreise aus. Von hohem Stellenwert für die abendländische Philosophietradition ist dabei der Begriff des Maßes und die als für die antike griechische Philosophie charakteristisch geltende Tugend der *sōphrosynē*, der Besonnenheit, des Maßhaltens. Sokrates, der als Begründer der politischen Philosophie gilt, stellte erstmals das tugendhafte *gute Leben* über die bloße Existenz. Dieses Denken wurde von seinem Schüler Platon aufgegriffen und in politischer Hinsicht dahingehend ausgeweitet, dass Tugendhaftigkeit auch in der Politik – in Form des Maßhaltens – zur zentralen Größe wurde. Essentiell für die feste Etablierung der sich in Mäßigung ausdrückenden Tugendhaftigkeit in der Philosophie gilt Aristoteles' *Mesotes*-Lehre, die Platons mitunter verabsolutierende Auffassung von *sōphrosynē* in der Politik an den gegebenen Umständen und dem Machbaren orientiert relativierte. Die *Mesotes* verankerte das Mittlere zwischen einem Zuviel und einem Zuwenig fest als erstrebenswerte Größe und erhob die anspruchsvolle Suche nach ihr sowie deren Praxis zur edelsten der Tugenden.

Die Suche nach einer „Mitte“ bleibt ohne Bezugsrahmen vergebens. Für die Links-Rechts-Heuristik zeichnet sich durch die Anordnung politischer Ideologeme im gedachten eindimensionalen Raum aus. Dieses Links-Rechts-Schema hat seinen formellen Ursprung im Großbritannien des 11. Jahrhunderts, seinen inhaltlichen allerdings im revolutionären Frankreich. In der im Zuge der Französischen Revolution 1789 einberufenen Nationalversammlung wurden erstmals – wenngleich vorübergehend – aus technischen Erwägungen – politische Ideologeme, die von sie ver-

tretenden Teilnehmer der Nationalversammlung verkörpert wurden, miteinander in Bezug gesetzt und räumlich geordnet. Völlig willkürlich wurden in der Sachfrage um die künftige Rolle des französischen Königs die progressiv eingestellten Republikaner auf die linke Seite des Versammlungssaals, die konservativen Royalisten auf die rechte Seite gesetzt. Der Bezug zum Status quo hat sich in der Folgezeit zur richtungsweisenden Größe im Links-Rechts-Schema entwickelt, so dass bis heute in allen Parlamenten die Progressiven links und die Konservativen rechts sitzen.

Die Frage danach, wodurch sich die „politische Mitte“ qualitativ auszeichnet, ließ sich über ihre identitäre Abgrenzung zu den Extremen beantworten oder, vereinfacht gesagt: Die Mitte ist dort, wo die Extreme nicht sind. Damit ergibt sich einerseits ein Abhängigkeitsverhältnis zur Definition der Extreme, was die „politische Mitte“ zur dynamischen Größe macht, andererseits aber auch die Schwierigkeit der Binnenabgrenzung der Skala.

Um die Wirkung der Verwendung des Begriffs *politische* Mitte im modernen politischen Diskurs nachvollziehen zu können, war es notwendig, dessen Verwendungsgeschichte in Deutschland zu betrachten. Diese setzte im Zusammenhang der Entstehung des Deutschen Parlamentarismus ein, wenngleich sich das grundlegende Verständnis für die die „politische Mitte“ beherbergende Links-Rechts-Heuristik erst mit der Zeit entwickeln musste. Eine normative Aufladung und eine flächendeckende Verbreitung erlangte der Begriff schließlich in den Wirren der Weimarer Republik.

Im politischen Diskurs der Bundesrepublik wurden Konzept und Begriff von Anfang an verwendet, die Links-Rechts-Heuristik fand auch in den Sitzordnungen der Bundestage Berücksichtigung. Schon früh kristallisierte sich bei Wahlen eine signifikante Stimmenkonzentration zugunsten jener Parteien statt, die von sich behaupteten und glaubhaft machen konnten, *die Mitte* zu vertreten. In der politischen Kommunikation wurde das Stimmenpotential in „der Mitte“ zu einem begehrten Ziel wahlstrategischer (Kommunikations-)Bemühungen. Dennoch blieb die Schwierigkeit der Binnenabgrenzung bestehen. Mit der seit 1974 voranschreitenden Etablierung des *Extremismus*-Begriffs wurde dafür eine Handhabe gefunden, die die Abgrenzungsschwierigkeit in den juristisch-moralischen Raum verschob und von der Auslegung der Verfassung abhängig machte.

Damit hatte sich auch eine neue Abgrenzungsgröße etabliert, sodass die Mitte nicht mehr der Ort war, an dem die *Extreme*, sondern der *Extremismus* abwesend war. Durch den über die Jahrhunderte hinweg gewachsenen positiven Bedeutungsgehalt des *Mitte*-Begriffs, entstand somit die Möglichkeit, diesen Bereich des Guten, Erstrebenswerten und Legitimen ex negativo zu definieren. Auf diesem Wege wurde die „politische Mitte“ zu einer ordnungspolitischen Größe und der Begriff der *politischen Mitte* ein Abgrenzungs- und Kampfbegriff, dem ein Maximum politischer Legitimität zugeschrieben wird.

Diese Entwicklung ist aus mehrerer Hinsicht bedenklich. Erstens verliert das Links-Rechts-Schema seine Funktion als Heuristik. Da nicht mehr zwischen der „politischen Linken“, der „politischen Mitte“ und „der politischen Rechten“, sondern nur noch zwischen „Mitte“ und „Extremismus“ unterscheiden wird, ist eine inhaltliche Orientierung anhand politischer Ideologeme nahezu unmöglich und – etwas

polemisch ausgedrückt – überflüssig, da die Notwendigkeit der Selbstpositionierung auf der Skala und der Grenzziehung zwischen den politischen Richtungsgrößen von fremder (staatlicher) Hand erledigt wird. Zweitens bleibt ohne konkrete konstitutive Ideologeme *politische Mitte* ein Chiffre für Mehrheitsverhältnisse und – da diese in demokratisch verfassten Systemen als Legitimationsquelle dienen – Legitimität. Wer im politischen Diskurs über die Deutungshoheit verfügt, den Ort der „politischen Mitte“ über ihre Außengrenzen zu bestimmen, steckt somit auch den Rahmen für den als legitim postulierten (Parteien-)Wettbewerb ab – was das Bild der symbolischen Gleichgewichtswaage trefflich verdeutlicht. Drittens könnte eine weitere inhaltliche Verengung dieses politischen Toleranzbereiches erfolgen. Nachdem die politischen Extreme seit der Etablierung des „Extremismus“-Konzepts über den *Extremismus*-Begriff zuerst anrühlich und schließlich tabu wurden, gilt zu befürchten, dass den politischen Richtungsbegriffen *rechts* und *links* ein ähnliches Schicksal widerfährt. Die hintergründige Funktionslogik ist simpel: Wenn die *Mitte* das Gute und Legitime ist, können *links* und *rechts* nicht ebenfalls gut und legitim sein, weil sie ja sonst *Mitte* hießen. In einem solchen postdemokratischen Szenario wäre der politische Wettbewerb de facto ausgeschaltet, mindestens aber bedeutungslos geworden.

Literatur

- Backes, Uwe [et al.] (1996): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Neuausg. ; 4., völlig überarb. und aktualisierte Ausg. Bonn.
- Backes, Uwe [et al.] (2005): *Vergleichende Extremismusforschung*. 1. Aufl. Baden-Baden.
- Botzenhart, Manfred (1977): *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848 - 1850*. Düsseldorf.
- Braun, Daniela [et al.] (2009): *Politische Legitimität*. Wiesbaden.
- Decker, Oliver [et al.] (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Hrsg. von Nora Langenbacher. Berlin.
- Decker, Oliver [et al.] (2010): *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Hrsg. von Nora Langenbacher. Berlin.
- Decker, Oliver [et al.] (2012): *Die Mitte im Umbruch. rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Bonn.
- Dölemeyer, Anne [et al.] (2011): »Einleitung: Ordnung.Macht.Extremismus.« In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): *Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden, 7–34.
- Dürr, Tobias (2002): »Was ist und wem gehört die Neue Mitte? Überlegungen zum Parteienstreit um einen strategischen Begriff«. In: Mayer et al., Tilman (Hg.): *Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998*. München, 30–42.
- Ehrhardt, Claus [et al.] (2011): *Pragmatik*. Paderborn.
- Enzensberger, Hans Magnus (1993): »Mittelmaß und Wahn. Ein Vorschlag zur Güte«. In: Guggenberger et al., Bernd (Hg.): *Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur*. Opladen, 189–207.
- Eyck, Frank (1968): *The Frankfurt parliament 1848 - 1849*. London [u.a.]
- Falter, Matthias (2011): »Critical Thinking Beyond Hufeisen. „Extremismus“ und seine politische Funktionalität«. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): *Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden, 85–101.
- Foucault, Michel (1999): *Botschaften der Macht. der Foucault-Reader ; Diskurs und Medien*. Hrsg. von Jan Engelmann. Stuttgart.
- Geißelmann, Bente (2013): »'Wir sind Rheinhausen!' Versuch einer Topografie der rassistischen Stimmung gegen Zuwanderinnen und Zuwanderer in Duisburg«. In: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hg.): *DISS-Journal. Zeitschrift des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung*. Duisburg, 5–7 (<http://http://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/DISS-Journal-26-2013.pdf>) – Zugriff am

8. Mai 2014.

- Görner, Rüdiger (1993): »Anspruch und Würde der Mitte. Zu einer geistigen Standortfrage«. In: Guggenberger et al., Bernd (Hg.): *Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur*. Opladen, 38–54.
- Guggenberger, Bernd [et al.] (1993): »Jenseits von Mittelmaß und Anmaßung. Für die Wiedergewinnung einer achtbaren Mitte«. In: Guggenberger et al., Bernd (Hg.): *Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur*. Opladen, 9–30.
- Harm, Stine (2009): »Mitten in Deutschland. Eine Annäherung an die von den Parteien stets unworbene Mitte. Deutschland 2009«. In: Butzlaff, Felix [et al.] (Hg.): *Patt oder Gezeitenwechsel?* Wiesbaden, 211–236.
- Herrmann, Michael (2008): »Moderat bevorzugt, extrem gewählt. Zum Zusammenhang von Präferenz und Wahlentscheidung in räumlichen Modellen sachfragenorientierten Wählens«. In: *Politische Vierteljahresschrift*. Jg. 49, Nr. 1, 20–45.
- Hirschner, Gerhard [et al.] (2013): »Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven«. In: Hirschner et al., Gerhard (Hg.): *Extremismus in Deutschland*. 1. Aufl. Baden-Baden, 9–26.
- Huber, Sascha (2010): »Kognition und Motivation bei der Wahrnehmung politischer Positionen: Eine experimentelle Untersuchung zur Rolle von Ideologie-Hinweisen«. In: Faas et al., Thorsten (Hg.): *Information - Wahrnehmung - Emotion. politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*. 1. Aufl. Wiesbaden, 145–168.
- Ipsen, Jörn (2009): *Der Staat der Mitte. Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. München.
- Jäger, Siegfried (2004): »Über das Eindringen von Ideologemen des völkischen Nationalismus in den öffentlichen Diskurs«. In: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hg.): *Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart (Internetausgabe)*. Duisburg, 4–21 (<http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/Der%20Spuk%20ist%20nicht%20vorbei.pdf>) – Zugriff am 8. Mai 2014.
- Jaschke, Hans-Gerd (1993): »Politische Richtungsbegriffe im Wandel: Neue Linke, Neue Rechte – Gibt es auch eine Neue Mitte?«. In: Guggenberger et al., Bernd (Hg.): *Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur*. Opladen, 55–73.
- Jaschke, Hans-Gerd (2006): *Politischer Extremismus. [Lehrbuch]*. 1. Aufl. Wiesbaden.
- Kluxen, Kurt (Hg.) (1967): *Parlamentarismus*. Köln [u.a.]
- Kretschmer, Dirk [et al.] (2004): »Symbolische Politik der „Mitte“ – nach rechts gewandt. Ein Überblick«. In: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (Hg.): *Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart (Internetausgabe)*. Duisburg, 54–57 (<http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/Der%20Spuk%20ist%20nicht%20vorbei.pdf>) – Zugriff am 8. Mai 2014.
- Krüger, Peter (2007): »Bürger, Citoyen, Bourgeois, Neue Mitte Von der

- Bürgergesellschaft zur Zivilgesellschaft? Definitionen und Transformationen eines politischen Begriffs nach 1945«. In: *Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte*. Jg. 59, Nr. 3, 226–226.
- Lakoff, George [et al.] (2008): *Auf leisen Sohlen ins Gehirn. politische Sprache und ihre heimliche Macht*. 1. Aufl. Heidelberg.
- Lenk, Kurt [et al.] (1987): *Theorie der Politik. eine Einführung*. Frankfurt [u.a.]
- Lenk, Kurt (1994): *Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus*. 1. Aufl. Baden-Baden.
- Link, Jürgen (1991): »Links/Rechts, Mitte/Extreme. Metamorphosen einer politischen Landschaft«. In: *kultuRRevolution. Zeitschr. für angewandte Diskurstheorie* Nr. 26, hrsg. von Jürgen Link, 19–24.
- Link, Jürgen (2006): *Versuch über den Normalismus. wie Normalität produziert wird*. 3. erg., überarb. u. neu gest. Aufl. Göttingen.
- Link, Jürgen (2012): »Subjektivitäten als (inter)diskursive Ereignisse. Mit einem historischen Beispiel (der Kollektivsymbolik von Maschine vs. Organismus) als Symptom diskursiver Positionen. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung«. In: Keller, Reiner [et al.] (Hg.): *Diskurs - Macht - Subjekt*. Wiesbaden, 53–68.
- Linke, Angelika [et al.] (2004): *Studienbuch Linguistik*. 5. erw. Aufl. / mit Ergänzungen von Simone Berchtold. Tübingen.
- Lynen von Berg, Heinz (2000): *Politische Mitte und Rechtsextremismus. Diskurse zu fremdenfeindlicher Gewalt im 12. Deutschen Bundestag (1990 - 1994)*. Opladen.
- Marc Debus [et al.] (2010): »Die Dimensionalität der Reichstage der Weimarer Republik von 1920 bis 1932«. In: *Politische Vierteljahresschrift*. Jg. 51, Nr. 1, 15–42.
- Marschall, Stefan (2005): *Parlamentarismus. eine Einführung*. 1. Aufl. Baden-Baden.
- Mayer, Tilman [et al.] (2002): »Einführung«. In: Mayer et al., Tilman (Hg.): *Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998*. München, 7–10.
- Münkler, Herfried (2012): *Mitte und Maß. der Kampf um die richtige Ordnung*. Reinbek bei Hamburg.
- o. A. (2011): *Mythos Mitte. Wirkmächtigkeit, Potenzial und Grenzen der Unterscheidung 'Zentrum/Peripherie'*. Wiesbaden.
- Oppenhäuser, Holger (2011): »Das Extremismus-Konzept und die Produktion von politischer Normalität«. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): *Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden, 35–58.
- Ottmann, Henning (2001a): *Von Homer bis Sokrates*. Stuttgart ; Weimar.
- Ottmann, Henning (2001b): *Von Platon bis zum Hellenismus*. Stuttgart ; Weimar.
- Peters, Werner (1993): »Mitte und Maß«. In: Guggenberger et al., Bernd (Hg.): *Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur*. Opladen, 31–37.

- Picaper, Jean-Paul (2002): »Mitte oder Mythos? Die Rechte, die Linke – und die Mitte? Eine französische Perspektive«. In: Mayer et al., Tilman (Hg.): *Der Kampf um die politische Mitte. Politische Kultur und Parteiensystem seit 1998*. München, 282–292.
- Prüwer, Tobias (2011): »Zwischen Skylla und Charybdis: Motive von Maß und Mitte. Über die merkwürdige Plausibilität eines Welt-Bildes – eine genealogische Skizze«. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): *Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. Wiesbaden, 59–84.
- Reichel, Peter (1981): *Politische Kultur der Bundesrepublik*. Opladen.
- Rudi, Tatjana (2010): »Die Links-Rechts-Dimension in Mittel- und Osteuropa: „Super-Issue“ oder bedeutungslos?«. In: Faas et al., Thorsten (Hg.): *Information - Wahrnehmung - Emotion. politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*. 1. Aufl. Wiesbaden, 169–189.
- Sigrid Roßdeutscher [et al.] (2013): »Wertorientierungen«. In: van Deth, Jan W. [et al.] (Hg.): *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*. Wiesbaden, 67–91.
- Troeltsch, Ernst (1924): *Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22*. Hrsg. von Hans Baron. Tübingen.
- van de Wetering, Denis (2012): »Semantiken der Wissenschaft und ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit. zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit«. In: Unzicker, Kai [et al.] (Hg.): *Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis*. Wiesbaden, 109–132.
- Westen, Drew (2012): *Das politische Gehirn*. Dt. Erstaussg., 1. Aufl. Berlin.
- Westle, Bettina (2012): »Postdemokratien? Zur Wahrnehmung der Parteien auf der ideologischen Links-Rechts-Skala: Großbritannien, Frankreich und Deutschland«. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*. Jg. 6, Nr. 2, 255–301.
- Wiegel, Gerd (2011): »Total extrem? Zur gegenwärtigen Alltagsdominanz des Extremismusansatzes«. In: Lösch, Bettina and Hentges, Gudrun (Hg.): *Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte*. Wiesbaden, 223–236.
- Wilpert, Gero von (2001): *Sachwörterbuch der Literatur*. 8., verb. und erw. Aufl. Stuttgart.
- Wittgenstein, Ludwig (2003): *Philosophische Untersuchungen*. Hrsg. von Joachim Schulte. 1. Aufl. Frankfurt am Main.